

# Arbeiter Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

## Erkämpft die Amnestie!

**Parlamentarischer Kuhhandel verhindert Befreiung aller proletarischer Gefangenen — Schändliche Haltung der SPD — Schafft außerparlamentarische Einheitsfront zur Verwirklichung einer umfassenden Amnestie!**

Der Rechtsausschuss des Reichstages war gestern den ganzen Nachmittag und Abend über zusammen, um eine Einigung der Parteien in der Frage einer Amnestie zu erzielen. Diese Verständigung auf einer möglichst breiten Basis wird vom parlamentarischen Standpunkt aus deshalb gesucht, weil man mit einem Einspruch des Reichsrates gegen die Amnestievorlage rechnet und daher eine Zweidrittelmehrheit im Reichstage zustandebringen möchte. In den gestrigen Verhandlungen ist dies indes nicht gelungen.

Für eine Amnestie sind die Fraktionen der Nationalsozialisten, der Kommunisten, der Sozialdemokraten des Zentrums und unter Umständen auch einige kleinere Fraktionen, die gestern ihre Stellung noch nicht festgelegt haben.

Über den Umfang der Amnestie gehen aber die Meinungen bis zur Stunde weit auseinander.

Während Nationalsozialisten und Kommunisten die Amnestie möglichst umfassend gestalten wollen, verlangt die sozialdemokratische Fraktion wesentliche Einschränkungen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Marum erklärte im Namen seiner Fraktion zunächst, daß er grundsätzlich kein Freund von Amnestien sei, weil dadurch die Autorität der Rechtspflege erschüttert werde (1). Aber nach den harten Urteilen, die in den letzten Monaten gefällt worden seien, sei eine Amnestie nötig. Unbedingt müßten aber von der Amnestie ausgenommen werden Verbrechen gegen das Leben, Sprengstoffverbrechen und Verrat militärischer Geheimnisse sowie Landesverrat, sofern die Taten aus Eigennutz begangen worden seien. Das sind die Sorgen der Sozialdemokraten! Weiter warnte der sozialdemokratische Redner vor einer Amnestierung von Disziplinarstrafen, da dadurch das ganze Gefüge des Beamtenkörpers erschüttert werden könnte. Nach diesen ungläublichen Ausführungen des sozialdemokratischen Redners wirkten die Worte, mit denen sich der Zentrumsabgeordnete Wegmann trotz mancher Bedenken für eine Amnestie aussprach, geradezu revolutionär!

Nach einigen weiteren Parteirednern nahm Reichsjustizminister Dr. Gürtner das Wort und machte einen Vermittlungsvorschlag, der folgende Fassung der Amnestievorlage vorsieht:

Strafen bis zu einem Jahre werden erlassen. Zeitliche Freiheitsstrafen von längerer Dauer werden auf die Hälfte herabgesetzt, mindestens jedoch um ein Jahr ermäßigt. Nicht zeitlich bestimmte Strafen (lebenslänglich) werden umgewandelt in eine Gefängnisstrafe von 7½ Jahren. Voraussetzung für die Amnestie soll sein, daß es sich um Straftaten aus politischen Gründen oder um Straftaten im Laufe von Wirtschaftskämpfen handelt.

Ausgenommen von der Amnestie sollen nach dem Vorschlage des Reichsjustizministers sein: Verbrechen gegen das Leben, ferner gegen den § 1 der Antiterrorverordnung vom 9. August 1932, sodann Körperverletzung oder gemeingefährliche Verbrechen mit Todeserfolg, außerdem Hochverrat, Landesverrat und Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz.

Der Rechtsausschuss unterbrach daraufhin seine Beratungen. Nachdem die Parteien sich eingehend mit diesen Vorschlägen beschäftigt hatten, wurde in später Abendstunde die Sitzung wieder aufgenommen. Als Berichterstatter erklärte der Sozialdemokrat Dr. Höegner, daß

der Vorschlag des Reichsjustizministers folgende Fassung

erhalten sollte:  
Für Straftaten, die aus politischen Beweggründen oder aus Anlaß von wirtschaftlichen

Kämpfen begangen wurden, sollen Strafen bis zu 5 Jahren erlassen werden. Längere Strafen sollen in der Weise herabgesetzt werden, daß sie zunächst um 5 Jahre gemindert werden und der Rest halbiert wird. Dabei tritt an die Stelle von Zuchthaus Gefängnis. Für Straftaten, die infolge wirtschaftlicher Not des Täters oder seiner Angehörigen, insbesondere Arbeitslosigkeit, begangen worden sind, wird, wenn der Täter nicht oder nur bis zu 3 Monaten vorbestraft ist, die Strafe erlassen, soweit es sich um eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von nicht mehr als 6 Monaten handelt. Ausgenommen von der Amnestie werden nach diesem Vorschlag 1. Verbrechen gegen das Leben, Verbrechen gegen § 1 der Notverordnung vom 9. August, wenn ein Mensch getötet oder verletzt worden ist, sowie gemeingefährliche Verbrechen mit Todeserfolg, 2. Landesverrat und Verrat militärischer Geheimnisse, wenn die Tat aus Eigennutz begangen ist, 3. die Sprengstoffvergehen. Über Einstellung schwebender Verfahren entscheidet das Gericht.

Dieser Vorschlag, der in zahlreichen Punkten ganz unzulänglich ist, erhob der sozialdemokratische Redner zu seinem Antrag!

Die Kommunisten machten deswegen den Sozialdemokraten schwere Vorwürfe, und auch die Nationalsozialisten erklärten, daß ihnen

eine solche Amnestie ungenügend erscheine. Der Sozialdemokrat Marum erklärte jedoch kategorisch, daß seine Fraktion nur einer Vorlage in der vorliegenden Form zustimmen werde.

Da eine Verständigung nicht erzielt werden konnte, beschloß der Ausschuss, sich auf Freitag zu vertagen.

Die Haltung der Sozialdemokraten, die auch in dieser Frage wieder einzig und allein die sogenannten Staatsinteressen wahrnehmen und die Klasseninteressen preisgeben, ist aufs schwerste zu verurteilen. Aber man muß sich auch die Frage vorlegen, wie eine solche Haltung der SPD überhaupt möglich geworden ist. Der Erlaß einer umfassenden Amnestie ist nach der langen Serie der Schreckensurteile unbedingt notwendig, daß man erwarten müßte, die Forderung nach der Amnestie werde von der gesamten Arbeiterschaft erhoben. Ein Sturm der Empörung müßte diese sozialdemokratischen Führer hinwegjagen, ja, eine unaufhaltbare Massenbewegung müßte

Parlament und Regierung zu einer Amnestie zwingen, die den Interessen und Notwendigkeiten der Arbeiterklasse entspricht.

Gerade die Forderung nach einer Amnestierung der proletarischen Gefangenen wäre

geeignet, außerparlamentarische Aktionen auf breiterer Grundlage auszulösen.

Wenn das nicht geschehen ist, so liegt das nicht nur an dem Verhalten der sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Führer, von denen man an sich nichts anderes erwarten kann, sondern auch an dem Versagen der Kommunistischen Partei, die hier, wie in so mancher anderen Frage, berufen gewesen wäre, die revolutionäre Führung der gesamten Arbeiterklasse zu übernehmen und unter ihren Losungen die außerparlamentarische Einheitsfront herzustellen. Da aber die KPD sich durch ihre ganze Politik von den außerhalb der KPD stehenden Massen isoliert hat und da auch die Frage der politischen Gefangenen von ihr zu einer reinen Parteisache gemacht worden ist, so hat zum schweren Schaden für das Proletariat die KPD auch hier auf der ganzen Linie versagt.

So wird jetzt, wie auch der parlamentarische Kuhhandel im einzelnen ausgehen mag, eine Amnestie zustandekommen, die die Arbeiterklasse nicht befriedigen kann. Sie wird unbefriedigend sein nach ihrem Inhalt, aber auch nach der Art ihres Zustandekommens, denn

politischen Wert für die Arbeiterklasse hat nur die Amnestie, die unter dem Druck der Massen erkämpft worden ist.

Darum gilt es schon jetzt, den Kampf für die Befreiung aller proletarischen Gefangenen weiter zu führen und auf eine breitere Grundlage zu stellen. Die Aufgabe der SAP muß es sein, mehr noch als bisher in allen Betrieben, an allen Stempelstellen und in allen proletarischen Massenorganisationen unter der zündenden Parole des Kampfes für die Amnestie die Massen über alle Parteischranken hinweg zu geschlossenen außerparlamentarischen Aktionen zusammenzuführen!

### Offener Konflikt in der NSDAP

Unter den Führern der Nationalsozialisten scheint die seit langem bemerkbare Uneinigkeit jetzt in einem offenen Konflikt zum Ausbruch gekommen zu sein. Die Reichspressestelle der NSDAP teilt mit, daß Gregor Strasser mit Genehmigung des Führers einen Krankheitsurlaub von drei Wochen antritt und daß alle weiteren daran geknüpften Gerüchte und Kombinationen unzutreffend seien und jeglicher Grundlage entbehren.

Diese „Gerüchte und Kombinationen“ sind vielleicht doch nicht so unzutreffend, wie es die Führung der NSDAP aus begrifflichen Gründen gern hinstellen möchte. Die gesamte bürgerliche Presse beschäftigt sich in umfangreichen Artikeln mit dieser Frage; man ist fast übereinstimmend der Auffassung, daß in der Führung der NSDAP sehr heftige Meinungsverschiedenheiten über die Haltung zur Regierung Schleicher und über die Taktik in Preußen (in den dortigen Verhandlungen mit dem Zentrum über die Regierungsbildung) aufeinandergeplatzt sind.

In ihrer Ratlosigkeit scheint nun die nationalsozialistische Führung auf den „Ausweg“ verfallen zu sein, die ganzen Streitfragen zunächst einmal für einige Wochen zu vertagen. So will man die Ministerpräsidentenwahl in Preußen wieder einmal verschieben, und die Zustimmung zur Verlegung des Reichstages, die man als sicher erwartet, liegt in der gleichen Linie. Auch der „Krankheitsurlaub“ Gregor Strassers ist so zu deuten. In den nächsten Wochen wird man dann sicher eifrig bemüht sein, die Risse wieder zu verkleistern und so etwas wie eine einheitliche politische Linie der NSDAP zu gewinnen.

## Otto Braun verständigt sich mit Schleicher zwecks Abwürgung der sozialpolitischen Reichstagsbeschlüsse!

Der preußische Ministerpräsident Otto Braun wurde vom Reichskanzler v. Schleicher zu einer längeren Besprechung empfangen. Die Verhandlungen galten nicht den eigentlich preußischen Fragen, sondern der Haltung der preußischen Vertreter in der Reichsrats-sitzung, die in der kommenden Woche stattfindet.

Der Reichsrat wird in dieser Sitzung außerordentlich wichtige Beschlüsse zu fassen haben, da er über die Reichstagsbeschlüsse dieser Woche zu entscheiden hat. Insbesondere handelt es sich um die sozialpolitischen Aenderungs-gesetze, die aller Voraussicht nach in der heutigen Reichstags-sitzung eine Mehrheit finden werden. Die Regierung Schleicher, die ursprünglich so tat, als ob sie gegen diese Beseitigung der schlimmsten sozialreaktionären Maßnahmen keine Einwände hätte, stellt sich jetzt auf den Standpunkt, daß die Durchführung dieser Beschlüsse eine untragbare Belastung des Reichshaushaltsplans darstellen würde. Da die Regierung einen offenen Konflikt mit dem Reichstag in diesem Moment bekanntlich vermeiden möchte, setzt sie ihre Hoffnungen darauf,

daß der Reichsrat die Beschlüsse ablehnen werde.

Zur Verwirklichung dieser Hoffnungen hat der Reichskanzler jetzt mit Otto Braun verhandelt, weil ja die preußischen Stimmen im Reichsrat von der alten preußischen Regierung geführt werden und weil diese Stimmen zahlenmäßig ausschlaggebend sind.

Und nun kommt das Ungeheure! Die Hugenberg-Presse, die in all diesen Fragen meist sehr gut unterrichtet ist, teilt mit, es sei zwischen Braun und dem Reichskanzler eine Verständigung in dieser Richtung erzielt

worden. Das würde bedeuten, daß die sozialdemokratischen Führer in Preußen den schöbigen Rest ihrer „Madispositionen“ dazu benutzen, dem Kabinett Schleicher zu Hilfe zu kommen und zugleich eine noch so geringe Verbesserung der Lage der Aermersten der Armen zu verhindern! Das würde weiter bedeuten, daß die ganze parlamentarische Opposition der SPD ein demagogisches Manöver ist! Während die Weis und Breitscheid im Reichstage flammend Reden halten und der sozialdemokratische Parteivorstand radikale Aufrufe erläßt, verständigt sich Otto Braun, der ja schließlich auch zur sozialdemokratischen Führung gehört, mit Schleicher, dem angeblich „die schärfste Opposition“ der SPD gilt!

Wenn diese Mitteilungen stimmen — und wir haben nach dem Verhalten Leipnarts, nach den Äußerungen des Darmstädter sozialdemokratischen Chefredakteurs und nach anderen Anzeichen leider keinen Grund, daran zu zweifeln! —, dann ist das

ein Betrug an der Arbeiterschaft, der alles in den Schatten stellt, was sich die SPD bisher auf diesem Gebiet geleistet hat.

Unsere Aufgabe ist es, sofort überall die sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeiter auf diese ungeheuerlichen Vorgänge hinzuweisen und ihnen in Hand dieses Beispiels erazut zu zeigen, wohin die Politik des Reformismus, der Kompromisse und des Kuhhandels führt. Die Massen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft müssen aus dieser Erkenntnis zu der Schlußfolgerung kommen, daß nur konsequenter außerparlamentarischer Kampf der ganzen Arbeiterklasse unter revolutionären Losungen das Schicksal des Proletariats wandeln kann!



# Hat SPD die Macht- ergreifung des Fa- schismus verhindert?

H. B. Der umfängliche und an inneren Widersprüchen reiche Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes enthält u. a. folgenden Satz:

„Es wird für alle Zeit das geschichtliche Verdienst der Sozialdemokratie bleiben, den deutschen Faschismus solange von der Macht ferngehalten zu haben, bis sein Abstieg in der Volksgunst begann.“

Sich mit dieser Behauptung auseinanderzusetzen, ist um so mehr erforderlich, als damit die ganze verdinglichende SPD-Politik nach dem 14. September 1930 für richtig erklärt wird — und die Tolerierung Brünnings das Mittel war, mit dem der deutsche Faschismus nach der sozialdemokratischen Terminologie von der Macht ferngehalten wurde, wird damit die Theorie des „kleineren Übels“ zunächst für die Vergangenheit ausdrücklich wiederholt.

Der Faschismus ist die „ultima ratio“ der kapitalistischen Klasse. Er bedeutet Zerschlagung aller Arbeiterorganisationen.

„Die faschistische Diktatur hat also die Aufgabe die Arbeiterklasse rechtlos und gegen die Angriffe des Kapitals auf ihre Lebenshaltung ohnmächtig zu machen.“ (Prinzipienklärung der SAP.)

Die kapitalistische Klasse wird dieses letzte Mittel nicht anwenden, solange ihr andere Auswege zur Verfügung stehen. Solche Auswege waren Brüning und Papen. Die Organisationen der Arbeiterklasse übernahmen selbst die Aufgaben der faschistischen Diktatur; sie setzten den Angriffen des Kapitals auf die Lebenshaltung der Arbeiterklasse bei Brüning keinen, bei Papen höchst unzureichenden Widerstand entgegen. Soweit die Wirtschaftskrise die Zerstörung der Arbeiterorganisationen (und das sollte besonders durch die Tolerierungspolitik verhütet werden) nicht weitgehend vorbereitet oder gar herbeigeführt hat, konnte diese Zerstörung durch die faschistische Diktatur unterbleiben, weil die Organisationen auf die Ausübung ihrer Funktionen verzichteten; die Gewerkschaften haben die Waffe des Streiks gegen den fortgesetzten Lohnraub so gut wie überhaupt nicht zur Anwendung gebracht; die politischen Parteien haben den fortgesetzten Unterdrückungsraub z. T. sogar billigt; die Konsumgenossenschaften hatten alle Hände voll zu tun, sich in der Krise auch nur zu behaupten, die Kaufkraftminderung vermochten sie nicht einmal annähernd auszugleichen.

Mit der sich verschärfenden Krise wird freilich der Spielraum immer enger, der den Kapitalisten zur Erhaltung ihrer Profite zur Verfügung steht, die Angriffe auf die Arbeiterklasse werden immer brutaler. Immer mehr erfordert die Situation die Anwendung des letzten Mittels. Daraus ergibt sich aber auch, daß die Machtergreifung des Faschismus bisher nicht verhindert worden ist — die kapitalistische Klasse hatte es infolge des Verhaltens der wichtigsten Organisationen der Arbeiterklasse nur noch nicht nötig, den letzten Ausweg zu beschreiten.

Die faschistische Diktatur steht als drohendes Gespenst noch immer vor der Arbeiterschaft — die Gefahr ihrer Verwirklichung ist größer denn je!

Nicht die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei ist der Faschismus — sie ist vielmehr ein Instrument, das zur Errichtung und Ausübung der faschistischen Diktatur von großer Bedeutung ist. Ebensowenig wie die Erreichung unseres sozialistischen Zieles in Deutschland auf genau denselben Wegen wie in Rußland möglich ist — ebensowenig muß die faschistische Diktatur in Deutschland mit denselben Mitteln errichtet werden wie in Italien. Der deutsche Mussolini muß — und wird — nicht Adolf Hitler heißen — nicht umsonst befinden sich alle staatlichen Machtmittel zusammengeballt in der Hand eines einzigen Mannes! Deutschland muß nicht einen Marsch auf Berlin erleben — der deutsche Duce kann auch Kurt von Schleicher heißen!

Ausschaltung des Reichstags — Presseverbote am laufenden Band — Versammlungs- und Demonstrationsverbot in Permanenz — ungesüßte Ueberfälle von Nazis auf Arbeiter — Hand in Hand damit steigende Machtfülle des Reichspräsidenten — das alles sieht faschistische Diktatur so verteuert ähnlich, daß nicht einzusehen ist, warum die kapitalistische Klasse in Deutschland zu handgreiflicheren Mitteln ihre Zuflucht nehmen müßte, solange die Arbeiterschaft sich das alles gefallen läßt.

Und hier liegt der Knüttel beim Hund. Die Sozialdemokratische Partei kündigt dem Kabinett Schleicher-Bracht dieselbe schärfste Opposition an wie den verlassenen Herren v. Papen—v. Gayl. Aber sie kommt nicht über den Rahmen dieses bürgerlich-kapitalistischen Staates hinaus. Sie bringt ein „Vertrauensvotum in Reichstag ein. Was aber, so fragen wir, wird sie tun, wenn dieses Mißtrauensvotum angenommen wird und Herr v. Schleicher bleibt als geschäftsführender Reichkanzler an seinem Platze? Was aber, so fragen wir weiter, wird sie tun, wenn Schleicher geht und die Nationalsozialisten doch noch mit der Regierungsbildung beauftragt werden, obwohl ihr Abstieg in der Volksgunst begonnen hat? Was aber, so fragen wir endlich, wird sie tun, wenn nach kurzer Zeit die Regierung durch Hereinnahme von Nationalsozialisten verbreitert werden wird? Auf all diese Fragen gibt die SPD keine Antwort. Die Gewerkschaften haben mit Schleicher verhandelt — die Tolerierung Brünnings hat schon einmal verhindert, daß der deutsche Faschismus bis jetzt an die Macht gekommen ist“ (nach

# SA-Pastor Fuchs verhaftet

## Einiges zum Sprengstoffdiebstahl in Kynau

Die Vernehmungen der bisher in der Kynauer Sprengstoffdiebstahlsaffäre Verhafteten haben zu der Feststellung geführt, daß neben dem Baron von Zedlitz-Neukirch, seiner Hausdame Sydow und dem Förster Tietze auch noch andere Personen in die Affäre verwickelt sind. Am Mittwoch wurden in diesem

Zusammenhang Pastor Fuchs in Dittmannsdorf, der bekanntlich als Zeuge im Reichenbacher Attentatsprozeß vernommen und wegen des Verdachts der Begünstigung nicht verurteilt wurde und der Wirt des Gasthofes „Zur Brauerei“ in Kynau, Franke, festgenommen und dem Gericht zugeführt. Die Vernehmungen sind noch nicht abgeschlossen.

Wie die Justizpressestelle mitteilt, sind in der Angelegenheit des in der Nacht zum 30. Juli d. J. verübten Sprengstoffdiebstahls in Kynau bisher vier Haftbefehle ergangen, darunter gegen Freiherrn von Zedlitz, Frh. Sydow und Förster Tietze. Von dem gestohlenen Sprengstoff — insgesamt waren aus der städtischen Ziegelei in Kynau annähernd ein Zentner Sprengstoff und Sprengkapseln entwendet worden — ist ein erheblicher Teil wieder aufgefunden worden. Bei den Durchsuchungen, die die Polizei im Zusammenhang mit dem Diebstahl vornahm, wurden außerdem an einer Stelle eine Reihe von Schusswaffen und Munition verschiedener Art gefunden und beschlagnahmt.

# 30000 M für Bürgermeister- 85 Pf. für Arbeitslose

Trotz Bankrott der Städte riesige Gehaltsnachzahlungen. — Auch Dr. Bracht ist dabei.

Durch ein Urteil des Staatsgerichtshofs ist den leitenden Kommunalbeamten der westdeutschen Städte bekanntlich das Recht zuerkannt worden, ihre Gehälter aus dem Jahre 1929 weiter zu beziehen, ohne daß die Behörden auf Grund der Sparverordnung das Recht hätten, die Bezüge herabzusetzen. Infolge des Gerichtsbeschlusses sind fast alle Städte im Westen gezwungen, den höheren Kommunalbeamten außergewöhnliche Summen nachzahlen. Bisher hat es noch keiner der Oberbürgermeister, Beigeordneten und Stadträte für notwendig gehalten, von sich aus auf die Nachzahlung zu verzichten. Es scheint, daß diese gemeinsame Stellungnahme auf einem Beschluß der sog. westdeutschen Oberbürgermeister-Gewerkschaft beruht, denn nunmehr sind bereits einige Städte, u. a. Bochum und Köln, dazu übergegangen, die in Abzug gebrachten Summen auszus zahlen. Es handelt sich dabei um ganz unerhörte hohe Beträge. So muß beispielsweise die Stadt Essen

über 60 000 Mark an Gehaltsnachzahlungen aufbringen. Unter den Glücklichen befindet sich der jetzige Reichsminister Dr. Bracht. Er erhält eine Nachzahlung von 8307 Mark, und hat seinerseits bisher natürlich auch keine Verzichtserklärung abgegeben. Das ist aber nicht einmal der höchste Betrag; der Bürgermeister von Essen, Schäfer, erhält die nette Summe von 10 311,75 Mark. Insgesamt sieben Beigeordnete bekommen jeder durchweg Beträge von mehr als 3000 Mark. Ebenso haben auf Grund des Staatsgerichtsurteils die pensionierten Bürgermeister und Beigeordneten der eingemeindeten Vororte den Anspruch auf Nachzahlung.

Man wäre nun versucht, anzunehmen, daß die Herren Bürgermeister und Beigeordneten sich mit dem Erfolg ihrer bisherigen „Lohnbewegung“ hinreichend zufrieden geben könnten. Weit gefehlt, sie geben dem Spruch des Staatsgerichtshofs nunmehr auch noch die Auslegung, daß bei der Wiederwahl eines „Kollegen“ dessen Bezüge nicht etwa unter den Erlaß der preußischen Sparverordnung fallen, sondern daß es sich bei Wiederwahl nur um eine Verlängerung der Dienstzeit handle, die eine Rückgruppierung der Gehaltssätze nicht zulasse, andernfalls könne es vorkommen, daß ein wiedergewählter Bürgermeister, der mit seinem Gehalt unter den Erlaß der Sparverordnung fällt, geringere Bezüge habe, als ein Beigeordneter, der die alten Sätze beziehe.

Die unverschämten Ansprüche, die die Herren Bürgermeister angesichts der ungeheuren Not der gesamten Bevölkerung stellen, wirken wie eine bewußte einseitige Provokation, zumal auch deshalb, da sämtliche Gemeinden des rheinisch-westfälischen Industriegebietes vor dem finanziellen Bankrott stehen. Schulen müssen teilweise geschlossen werden, Erwerbslosenunterstützungen können vielfach überhaupt nicht mehr oder nur noch in Raten zur Auszahlung kom-

men. Mit der Bezahlung der Beamtengelder stehen nicht wenige Gemeinden seit Oktober im Rückstand. Die städtischen Kleindungslager sind leer, statt Schuhe werden den Wohlfahrtsvereinen jetzt Holzschuhe gegeben. Täglich werden aus dem Ruhrgebiet Hungerkrawalle gemeldet.

Erwerbslose, die sich pro Tag mit 85 Pf. durchhungern müssen, und die sich wehren, daß man ihnen von diesen Hungerpfennigen weitere Abzüge macht, werden auf Anweisung derselben Bürgermeister mit dem Gummiknüppel frakturiert, eingesperrt und landen im Zuchthaus.

Die Herren aber, die in den Großstädten bei einem Jahresgehalt von 30 000 Mark in einer einzigen Stunde doppelt so viel verdienen, als ein alleinstehender Erwerbsloser an Wochenunterstützung erhält, setzen Himmel und Hölle in Bewegung, wenn ihnen selbst einige Mark von ihren Riesengehältern in Abzug gebracht werden. Woher nehmen diese Herrschaften den Mut, an die Öffentlichkeit um Winterhilfe zu appellieren, wenn sie selbst nicht davor zurückschrecken, die fast leeren Stadtkassen um Beträge, die jahrelang zurückliegen, auszuplündern.

Man sieht wieder einmal an diesem Beispiel, mit welcher Rücksichtslosigkeit diese Herrschaften ihre Lohninteressen wahrnehmen. Für die städtischen Arbeiter und Angestellten und überhaupt für die gesamte Arbeiterschaft können diese Vorgänge eine beachtliche Lehre sein, wie man Lohnkämpfe zu führen hat. D. h.

# Wo ist General Supingwen?

Wie bekannt, ist vor einigen Tagen der chinesische „Freischärler“-General Supingwen in der Mandschurei mit 3000 Mann im Rückzug vor der japanischen Offensive auf sowjetrussisches Gebiet übergetreten und dort nach den internationalen Bestimmungen interniert worden.

Nun wurde schon gestern gemeldet, daß die sowjetrussischen Behörden dem General Supingwen an die Japaner ausgeliefert hätten. Das wäre so ungeheuerlich und würde selbst den kapitalistischen internationalen Regeln widersprechen, daß wir an die Echtheit dieser Meldung nicht glauben konnten. Daß um so weniger, als die Japaner den General nicht als regulären Gefangenen, sondern als „Banditen“ behandeln würden.

Heute wird nun von Reuter über Tokio gemeldet, daß der ausgelieferte General Supingwen von Japan wahrscheinlich zum Tode verurteilt werden wird.

Diesen Berichten steht folgende, von WTB wiedergegebene Meldung der Teleg.-Agentur der Sowjetunion gegenüber:

Moskau, 8. Dezember.  
Dem chinesischen General Supingwen und seiner Umgebung wurde auf ihre Bitte

der Meinung der SPD) — warum sollte die SPD-Führung nicht wieder auf den Gedanken kommen, die Tolerierung eines Kabinetts Schleicher werde auch fernerhin verhindern, daß der deutsche Faschismus an die Macht kommen wird? Auch die Tolerierung kann in ihren Formen wechseln — und ein weiteres „Stillhalten“ der Arbeiterorganisationen könnte trotz Mißtrauensvotum die Arbeit eines geschäftsführenden Kabinetts Schleicher ermöglichen. Aber selbst wenn die SPD wirklich in Zukunft nicht mehr daran denkt, die Schandtaten des Kapitalismus mit dem Mantel der Tolerierung zu verhüllen — wo zeigt sie in ihrem Aufruf mit einem einzigen Wort den Weg, der die Arbeiterschaft aus dem Elend herausführt?

Solange die SPD nicht frei und offen ihre Bereitschaft erklärt, den außerparlamentarischen Kampf zum Sturz des kapitalistischen Systems aufzunehmen — solange die freien Gewerkschaften nicht zum Streik gegen jeden Lohnabbau aufrufen und sich über die Friedenspflicht gegenüber dem kapitalistischen Staat hinwegsetzen — solange ist das ganze Gerede von Opposition keinen Pfifferling wert!

Die geeinte Kraft der Arbeiterklasse wäre in der Lage, dem kapitalistischen Spuk ein Ende zu bereiten, die Diktatur des Proletariats zur Verwirklichung des Sozialismus aufzurichten. Dazu ist aber erforderlich ein Zusammengehen von KPD und SPD und allen proletarischen Massenorganisationen, wie wir es seit Jahr und Tag fordern. Die Sozialdemokratie aber reißt eine neue Attacke gegen die Kommunisten und setzt deren Diktaturforderung in alter Verblendung mit der Diktaturforderung der Nationalsozialisten gleich. So sehr sie auch ihre wahre Stellung verlauselt und hinter allerlei radikalen Redensarten zu verstecken versucht — die SPD ist heute noch immer die klassische Partei des Reformismus.

Bitter rächt sich in diesen Stunden die Politik der Sozialdemokratie, die zur Spaltung der deutschen Arbeiterschaft und damit zu der heutigen Situation führte.  
Nur der Kampfblock aller Arbeiterorganisationen, nur der schärfste außerparlamentarische Kampf gegen jede Regierung dieses bürgerlich-kapitalistischen Staates, nur der Sturz des kapitalistischen Systems führen die Arbeiterschaft aus dem Elend heraus. Dazu brauchen wir heute mehr denn vorher eine starke SAP.

# Wieder 92000 Arbeitslose mehr

Die Zahl der Arbeitslosen ist — wie die Reichsanstalt mitteilt — seit Mitte November wieder um 92 000 gestiegen. Wir werden zu dieser Meldung morgen ausführlich Stellung nehmen.

# Gefängnis für 21 Arbeitsdienstler

Zehdenick, 8. Dezember.

Das Landgericht Prenzlau verurteilte heute nach achtjähriger Verhandlung, die im hiesigen Amtsgericht stattfand, 21 Stennesleute des Freiwilligen Arbeitsdienstes in Badingen zu Gefängnisstrafen zwischen drei bis zehn Monaten. Die Stennesleute hatten in der Nacht vom 21. zum 22. September auf die Schnitterkaserne des Gutes Osterne einen Ueberfall verübt, um, wie sie bei der Vernehmung erklärten, „einem NSDAP-Mann“ einen „Denkzettel“ zu verabsolgen.“ Dabei waren sie mit den übrigen Schmittern in eine Schlägerei geraten, bei der auch mehrere Teilnehmer verletzt wurden. Der Antrag des Staatsanwalts, der die Meinung vertrat, daß es sich um einen politischen Ueberfall gehandelt habe, hatte für die meisten der Angeklagten Zuchthausstrafe beantragt. Das Gericht stellte sich jedoch auf den Standpunkt, daß politische Gründe nicht vorzulegen hätten und kam zu dem oben genannten Urteil.

# Gegen Chemnitzer Urteil

Eine stark besuchte Funktionärversammlung des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands, Ortsgruppe Dessau, hat auf Antrag eines SAP-Genossen einstimmig eine Entschlüsselung angenommen und an das Sächsische Staatsministerium gesandt, in der gegen das Todesurteil gegen den Chemnitzer Arbeiter Bartel schärfster Protest erhoben und Aufhebung des Todesurteils sowie Wiederaufnahmeverfahren gefordert wird.

# Kommunistischer

# Schwarzsender entdeckt

Berlin, 8. Dezember.

CNB. Ein kommunistischer Schwarzsender machte sich heute gegen 14 Uhr wieder bemerkbar. In Zusammenarbeit mit Beamten der Post und Reichsrundfunkgesellschaft gelang es der politischen Polizei, den Schwarzsender in dem Hause Reinken-dorfer Straße 100 in dem Augenblick festzustellen, als er von drei Leuten abmontiert und fortgeschafft werden sollte. Der Apparat wurde beschlagnahmt. Die drei Personen, über die im Interesse der weiteren Ermittlungen noch nichts gesagt werden kann, sind dem Polizeipräsidium zugeführt worden.

# Völkerbund kuschelt

# vor Japan

Am 8. Dezember wurde in Genf die Debatte über die Mandschurei unter sehr dramatischen Umständen zu Ende geführt. Die Vertreter der kleineren Mächte, Spanien, Irland, Schweden, Tschechoslowakei hatten eine Entschlüsselung beantragt, in der gesagt wird:

1. Das Verhalten Japans ist rechts-widrig. 2. Die Entstehung des mandschurischen Staates geht nicht auf eine spontane Volksbewegung zurück. 3. Die gegenwärtige Lage in der Mandschurei ist mit den Verträgen nicht vereinbar.

Dagegen wandte sich der Vertreter Japans mit den schärfsten Drohungen. Erfolg: WTB-Bericht: „Wie verlautet, ist durch Vermittlung des Völkerbundsekretariats der japanischen Delegation zugesagt worden, daß der heute von Matsuoka beanstandete Entschlüsselungsentwurf der vier kleineren Mächte stillschweigend fallen gelassen wird.“

Die stärksten Kanonen, das ist Völkerbunds-„Recht“.

Madrid, 8. Dezember.

Der Heeresausschuß hat gestern mit einer Stimme Mehrheit einen Antrag der Radikalen abgelehnt, wonach das spanische Heer auf 100 733 Mann herabgesetzt und die Militärdienstzeit ab 1. Januar 1934 auf sechs Monate verkürzt werden sollte. Die Regierung hatte sich gegen diesen Antrag ausgesprochen. Es bleibt also bei der bisherigen Heeresstärke von 144 223 Mann.



# Was ist an Rußland?

Vor etwa zwei Monaten wanderten 32 oberschlesische Bergarbeiter nach Rußland aus. Nun berichten bürgerliche Zeitungen, daß die Auswanderer traurige Briefe nach Deutschland gerichtet hätten. Ihr Los soll schrecklich sein, und sie sehnten sich alle wieder nach dem Papenschen Stempelparadiese.

Nun ist einer dieser Auswanderer der ehemalige SAP-Genosse S u c z e k aus Hindenburg. Ein wirklich ehrlicher Sozialist, Kommunist der Tat. Bevor er ausgewandert, vererbte er mit unserem Genossen Karl Okonsky, Gemeindevorsteher in Ratiborhammer, Oberschlesien, einen eingehenden Briefwechsel. Vor allen Dingen gab er die feierliche Versicherung, alles zu schreiben, was wichtig, aber auch alles richtig zu schreiben. Ohne Beschönigung, und möglichst objektiv.

Genosse S u c z e k hat sein Versprechen bisher gehalten. Er schickte zwei Briefe, die wir hier im Wortlaut bringen. Wenn der Stil vielleicht nicht ganz einwandfrei ist, — nun, oberschlesische Bergarbeiter pflegen so zu schreiben, wie ihnen der Schnabel gewachsen ist. Auf den sachlichen Inhalt kommt es schließlich an. Der ist zu prüfen und zu würdigen. Wir lassen absichtlich die Adresse S u c z e k s weg. Für die Echtheit und Richtigkeit bürgt selbstverständlich der Einsender, Genosse Okonsky.

## Nur Arbeit kann Rußland hochbringen

30. September 1932.

Lieber Genosse Okonsky!

Tief in Westsibirien hause ich. In einer Stadt, die vor vier Jahren 30 000 Ew. zählte, heute 164 000 Ew. aufweist. Es gibt hier nur Holzbaracken, die in aller Eile gebaut wurden, und so ziemlich alles, aber auch alles, außer elektrischem Licht entbehren. Die Häuser werden von Strafgefangenen, Kulaken und freien Russen gebaut. Der Verdienst der Russen, der freien und der Gefangenen, ist sehr niedrig. Dazu sind die Waren sehr teuer. Z. B. kosten im freien Handel zwei Eier einen Rubel und sechzig Kopeken, ein Kilo Butter 17 Rubel. Brot ist auch sehr teuer. Im Konsum fehlen diese Waren. Also im freien Handel alles sehr teuer, in der Kooperativen Mangel.

Diese riesige Stadt hat keine Wasserleitung. Nun lebe ich hier in den sibirischen Bergen. Es wird wohl schwer sein, eine Leitung zu legen. Man beabsichtigt, unsere Stadt, die auf Kohle steht, 19 Kilometer weiter zu verlegen. Ich möchte sagen, ich lebe in der Steppe. Es gibt hier sehr viel Staub, keinen Baum, kein Gras und auch keinen Brunnen. Dauernd sind eine Unmenge von Fuhrwerken unterwegs, die ein riesiges Faß mit sich führen, und bringen Wasser. Wassermangel gibt es nicht in den Häusern. Es darf aber nicht roh getrunken werden, sondern wird erst gekocht. In jedem zweiten Hause steht ein Kessel unter Feuer, mit heißem Wasser. Das Wasser wird unentgeltlich abgegeben.

Ich wohne hier unter den Ledigen in einer Holzbaracke. Ein Zimmer mit drei Betten, ein Schrank, ein Tisch und vier Stühle. Zum Zimmer gehört auch ein kleiner Raum mit einem Ofen. Aufgeräumt wird von Russenmädchen. Auch geheizt. Es ist auffallend,

wieviel hier die Mädchen arbeiten müssen. Wir haben sie sogar unter Tage, in der Grube. Unter Tage fehlt es an allen Werkzeugen. Arbeitsachen werden vom Werk geliefert. Wir haben Leute, die schon vierzehn Tage nicht einfahren, weil sie keine Stiefel haben. Es muß hier noch sehr viel geschafft werden. Meine Arbeitszeit beträgt sechs Stunden. Die Arbeit ist gut. Nur weiß ich noch gar nicht, was ich verdiene.

Essen bekomme ich in der Stalowka. Es ist gut und reichlich und verhältnismäßig billig. Für sechzig Rubel leben die Gäste einen Monat, Verdienst ungefähr 200 Rubel. Vier Tage wird gearbeitet, der fünfte Tag ist Odoj. Ich habe morgen Odoj. Aber wir fahren nach Kusnez, eine Wasserleitung legen. Es sind bloß 25 Kilometer Entfernung. Nur Arbeit kann Rußland hochbringen. Darum arbeite ich in meiner Freizeit beim Bau einer Wasserleitung — unentgeltlich. Nächstens mehr.

II.

## „Wir leben gut . . .“

Lieber Genosse Okonsky!

Den zweiten Brief schreibe ich Ihnen jetzt. Diesen aber schon von Schweda. Wir waren

einen Monat lang getrennt, eine Stunde Bahnfahrt voneinander. Jetzt sind wir zusammen.

Das war so das Nebensächliche. In Hauptsache, wie leben wir? Wir leben gut, aber doch etwas teuer. Meine Arbeitszeit beträgt sechs Stunden. Alle Bergarbeiter arbeiten sechs Stunden unter Tage. Frau Schweda bäckt gerade Kuchen. Neben ihr auf dem Tisch stehen zwei Kilo Fleisch, ein Kilo Butter, ein Beutel Zucker und zwei Liter Milch. Mit dieser Aufstellung wollte ich Ihnen nur zeigen, wie wir es haben. Ich will Ihnen einen Tag beschreiben:

Heute, am 5. November, Frau Schweda hat verschlafen. Der Wecker hat versagt. In Deutschland wäre ich ohne Frühstück zur Arbeit gegangen oder zu Hause geblieben. Was machen wir hier? Zu Hause kein Frühstück. Dafür packt meine Mama (Frau Schweda) jedem zwei Butterstücken ein und in der hellerleuchteten, sauber gewaschenen Stalowka (Kantine) kaufen wir Tee. Für drei Kopeken, also für drei Pfennige das Glas, ein Riesenglas. Tee kriegen wir, soviel wir wollen.

Um 12 Uhr ist die Schicht beendet. Im Badehaus haben wir auch einen Wärmerraum. Kumpels, die sich krank fühlen, also erkältet sind, nehmen ein Dampfbad. Solange sie wollen, können sie sitzen. Auch Gesunde.

## Was hat die I.G.-Farben-Direktion zu verbergen?

Das Premnitzer Explosionsunglück — 11 Tote

(Eigener Bericht der „SAZ“)

In Premnitz bei Rathenow befindet sich ein großes Kunstseiden- und Kunstwollewerk der I. G. Farben. Rund 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen sind in dem Betrieb beschäftigt. Am Mittwoch vormittag erschütterte gegen 8½ Uhr eine Explosion die Luft. In weitem Umkreise erzitterten die Fenster. Entsetzt stürmten die Arbeiter aus den Betrieben. Die Lichtleitungen waren teilweise unterbrochen. Durch die Dächer einzelner Werkräume schlugen Eisenstücke und Mauerwerk. Der Explosionsherd lag beim Neubau im Gebäude 504 der Werkanlage. Dort sind Handwerker verschiedener Firmen dabei beschäftigt, das Gebäude umzubauen und als neuen Wistrubetrieb herzurichten. Wahrscheinlich ist als Ursache anzunehmen die Explosion einer Sauerstoff-Flasche, die zum Schweißen verwendet wird.

Von dem großen Gebäude sind die Giebelwand und eine Längswand fast völlig zerstört. Starke Eisenträger sind völlig verbogen. Unter den Trümmern begraben lag eine zunächst nicht genau feststellbare Zahl von Toten und Verletzten. Menschliche Körperteile waren durch die Luft geschleudert worden. 11 Tote konnten geborgen werden, zum Teil nur in Stücken. Grauensvoll zerstört lagen sie unter schweren Betonklötzen. 5 Schwerverletzte sind völlig hoffnungslos ins Krankenhaus eingeliefert worden. Groß ist die Zahl der Leichtverletzten.

Erschwert wurden die Rettungsarbeiten dadurch, daß die Säurekessel, die den Travis-(Seiden-)Betrieb speisen, geplatzt sind. 12 Kessel sind explodiert. Dampf- und Säureleitungen sind zerrissen. Dampf und Säure gefährdeten das Rettungswerk.

Eins möge man bedenken: Die Arbeiterschaft steht in einem Betrieb, wie ihn dieser der I. G. Farben in Premnitz darstellt, ständig in Lebensgefahr. Nur größte Aufmerksamkeit und Sorgfalt können das Gefahrenmoment mindern. Wie nun, wenn durch das

Unglück das moderne Antriebsystem der Arbeitskraft erlahmt, die Aufmerksamkeit nachläßt? Die Arbeiterschaft wird durch überschüssiges Arbeitstempo und zum Teil durch Ueberstundenarbeit überanstrengt. Ungenügende Entlohnung, ausgemergeltes Körper, übersteigertes Arbeitstempo gefährden die Betriebssicherheit, zerstören den letzten Rest an Arbeitsfreude und schaffen eine Atmosphäre der Verbitterung.

Die Arbeiterschaft muß begreifen, daß sie geschlossen in der Lage ist, ein gemäßigtes Arbeitstempo zu erreichen und unnütze Ueberstundenmacherei auszuschalten.

## Pressevertreter verjagt

Als von dem Unglück bekannt wurde, kamen aus dem ganzen Reiche Pressevertreter, um die Unglücksstelle zu besichtigen. Die Direktion der I. G. Farben-Industrie weigerte sich aber auf das entschiedenste, auch nur eine Unterredung den verschiedenen Vertretern der Zeitungen zu geben. Sie hatte darüber hinaus die Pförtner und die Werkpolizei instruiert, sämtliche Berichterstatter ausnahmslos zurückzuweisen.

Die Pressevertreter, die sich vor dem Tor 2 des Werkes angesammelt hatten, wurden einfach fortgejagt.

Kommunistischen Landtagsabgeordneten wurde der Zutritt verweigert.

Das auffällige Verhalten der Direktion ist mit der Furcht, daß Außenstehende Näheres über den Betrieb erfahren könnten, zu erklären.

So weiß auch kein Arbeiter — da vorzugsweise nur halbtägige Fabrikate fabriziert werden — was eigentlich in diesem Werk hergestellt wird. Die Arbeiterschaft fragt: Was hat die Direktion zu verbergen?

Eins steht aber nach Darstellung der Arbeiter fest: daß die Explosion auf die grobe Fahrlässigkeit der Direktion zurückzuführen ist.

Bezahlt wird nichts. Auch unsere Frauen gehen dahin.

Mittag, den 5. November. Milchsuppe, das zu Rouladen, Kartoffeln und Soße. Abend, haben wir Butterbrot mit Käse. Ich koche mir Fischkonserven. Die Butter, die Rauche sprekt und das gute Speiseöl macht mich ganz krank. Ich habe schon meiner Mama gesagt: „Nicht so fett kochen“

## „O Herr Borsig und Krupp!“

In unserer Wohnung arbeitet ein Maurer. Wir erhalten kostenlos ein Radio eingebaut. Achtzig Kilometer von uns entfernt liegt Kusnez, eine Industriestadt. Fünfzehn Hochöfen stehen hier. Jeder Hochofen füllt 150 Tonnen. Zwei Hochöfen arbeiten erst. Am 1. Januar sollen noch weitere fünf in Betrieb genommen werden. Jeden Tag kommen aus diesem Werk 12 Lokomotiven, also jedes Jahr 150 Lokomotiven. O Herr Borsig und Krupp! Die können ihre Maschinen an die Uhrkette hängen. Die Wohnungen in Kusnez sind große Dreizimmerwohnungen, die Stuben mit Zentralheizung. Elektrischer Strom unbeschränkt. Auch wir kriegen in zwei Tagen Licht. Die Leitung ist schon fertig. Alles in allem, es lebt sich hier gut. Man muß sich nur anpassen können.

Der russische Arbeiter lebt schlechter als wir. Er verdient denselben Lohn, nur hat sein Kaufkraft nicht soviel Ware. Er ist mehr auf den Freihandel angewiesen. Da ist alles sehr teuer. Es fehlt hier sehr an Werkzeugen. Waschbretter kriegen wir überhaupt nicht. Sollte es Ihnen möglich sein, in einem Paket ein oder zwei Waschbretterbleche zum Schluß, und das können Sie allen sagen: Mir gefällt es hier sehr gut.

Wir haben hier sehr viel Kohle, und sehr gute Kohle. Vor jedem Haus steht ein riesiger Holzhaufen, dreißig Zentner Packungsvolumen. Hier wird Kohle reingefahren. Darum haben wir uns gar nicht zu kümmern. Kohle ist immer da, immer im Kasten. Wir kommen bloß mit unserem Kohlensimer und holen Kohle, soviel wir Lust haben. Unentgeltlich. Licht unentgeltlich, Wasser unentgeltlich. Arbeitsanzug wird vom Werk geliefert, mit Stiefel, unentgeltlich geliefert. Rechnet man das zusammen, dann ist das ausgezahlte Arbeitslohn. Die Milch, das will ich Ihnen ohne Uebertreibung sagen, ist hier besser fette, als die von Ihrer Kuh. Wir haben hier viel Milch, nur etwas weit zu laufen. Wir haben unsere Fahrräder, und da sind wir im Milch fahren in der Kommune, ein Dorf neben uns. Die Frau Schweda, meine Mama, läßt mich oft wählen, ob ich das Brot mit Butter oder mit Sahne und Zucker haben will. Ich nehme eine Schnitte mit Butter, eine mit Sahne und eine trocken. Schweda und ich, wir legen das Geld zusammen, und da leben wir sehr gut. Wir haben gar nicht mehr die Absicht, nach Deutschland zu kommen. Ich will Ihnen aber gleich schreiben, nicht alle leben so gut wie wir.

Warum nicht alle so leben? Sie sind aus Deutschland gekommen, zum Teil als Parteikommunisten, aber nicht als Kommunisten der Tat. Uns geht's gut, weil wir kommunistisch leben. Alles in einen Topf, und dann aus diesem Topf für alle.

Es bestehen zwischen Schweda und mir und Frau Schweda Meinungsverschiedenheiten. Und warum? Zwanzig Minuten von uns entfernt fließt ein Fluß, 15 bis 20 Meter breit, 6 bis 8 Meter tief. Frau Schweda und ich wollen hier am Orte bleiben, weil für uns Schwimmgelegenheit ist. Schweda ist Nichtschwimmer. Hat darum die Absicht nach dem Donbas oder dem Ural. Es ist doch gut, wenn ein Streit deswegen ausbricht. Ein Streit, Unsinn! Gar nichts bricht aus. Schweda wird hier bleiben müssen und zusehen, wie ich und seine Frau im Flusse schwimmen. Und nun zum Schluß: Mir gefällt es sehr gut, Frau Schweda auch, dem Schweda auch, dem Kinde auch, — und darum bleiben wir hier.



Alle Rechte insbesondere die der Uebersetzung und des Nachdruckes vorbehalten. Copyright 1932 by Verlag für Literatur und Politik, Wien VIII.

5. Die Trojka wird kommen und die Kommune auseinanderjagen.

Weiche Trojka, ihr dummen Menschen? Vielleicht gar die Wrangel-Trojka? Wir haben aber schon längst gelernt, diese Plöche, nach Partisanenbrauch zu zerquetschen.

6. Die Kommune leben nur deshalb gut, weil man ihnen viel gibt, hört man aber auf, ihnen zu geben, dann krepieren sie.

Jede Wirtschaft braucht in der Periode der Organisierung einen Zuschuß, um produktiv zu werden. Von wem man viel zu bekommen hofft, dem gibt man viel. Wer sagte das? Die Kulaken und die Sklaven des Eigentums, die vor Neid bersten. Wir sind keine Raffer, wir sind ein Glied des Aufbaus des Sozialismus in der Sowjetunion. Nein, das versteht man nicht! Die Eigentumsinstinkte der Kulaken sind wie Syphilis, nur mit großer Mühe kann man sie aus dem Blut verjagen.

7. In der Kommune leben Männer und Frauen durcheinander, wer grad mit wem leben will.

Das ist schon purer Blödsinn. Bei uns gibt es keine lasterhaften Schweinereien, wie bei den Eigentümern. Wir haben in unser Leben selbst eiserne Strenge eingeführt. Da müssen wir uns auch gar nicht viel bemühen. Laster entstehen aus dem Schmutz der Vielfraße und Unterdrücker. Bei uns herrscht Gleichheit und menschliche Achtung. Laster ist dort, wo es Privateigentum gibt.

8. In der Kommune ist ein großer Mangel an Arbeitskräften. Erscheint ein neuer Mensch, so gibt man ihm zu essen und zu trinken, und alle reden ihm zu, er soll in die Kommune eintreten.

Sind das Dummköpfe! Zuerst sagte man: dort gibt man nicht zu essen; jetzt, wo man sieht, daß die Behandlung vorzüglich ist, ärgern sie sich, warum nicht alle in die Kommune aufgenommen werden.

9. Man darf sich in der Kommune nicht bekreuzigen.

Begreift doch, ihr dummen Menschen, daß die Kommune kein Kloster ist: sie wurde nicht von Christus geboren, entstand nicht durch Weihrauch und denkt nicht an das Reich Gottes. Quatsch, man wird nicht bestraft, man wird nur ausgelacht und wissenschaftliche Angriffe fegen in lebendiger Weise die heiligen Lügen hinweg. Diese Lügen vertragen, wie eine Eule, unser Licht nicht.

10. In der Kommune wird es niemals Gleichheit geben, da es verschiedene Charaktere und Hirne gibt, und das wird stets individuelle Grenzen in den menschlichen Beziehungen der Kommune-Mitglieder schaffen.

Bürgerliche Verseuchung! Sind wir denn so dumm? Nur Idioten verkünden, daß alle über einen Kamm zu scheren sind; mit der Natur kann man nicht fertig werden. In der Kommune aber ist jeder verpflichtet, seinen Arbeitsteil zum Nutzen der brüderlichen Gemeinschaft beizutragen. Und wenn auch keine Gleichheit existiert, so ist, wenn wir alles summieren, doch etwas da, was ihr nahekommt. Und wenn es allgemeine Liebhaber gibt, so ist das gut, es wird niemandem verboten, ein solcher zu werden.

11. Eine Zeitlang sagten unsere Frauen, wenn sie miteinander redeten, folgendes: Die Kommune hält sich nur durch die einfachen Arbeiter und durch uns Frauen. Die Führer stecken nur die Nasen überall hin, verstehen aber selber nichts von der Wirtschaft. Laufen die einfachen Arbeiter davon, dann bleibt niemand, den sie beherrschen können. Ist

aber niemand mehr da, der zu unterdrücken ist, dann werden sie nicht wissen, was mit sich zu beginnen, und müssen sich an den Bäumen aufhängen.

Die Ursache dieser Gedanken liegt selbstverständlich in der Stumpfheit unserer Frauen: sie sind seit Jahrhunderten gewohnt, im Dorf in der Zurückgezogenheit zu leben, ihre Arbeit wurde niemals kritisiert, hier aber in der Kommune stoßen sie beständig auf den Widerstand des allgemeinen Willens. Diese Frauen ärgern sich, wenn die Männer sich überall einmengen, in die Küche, in den Keller, in die Arbeit, die bis jetzt nur Frauenarbeit war. Bei uns gibt es aber keinen Unterschied zwischen Männer- und Frauenarbeit. Alle Arbeiten in der Kommune sind geschlechtslos. Statt den Männern in ihrer Arbeit zu helfen, kichern sie aus dem Hinterhalt usw., wobei sie zeigen, daß sie nicht das geringste Klassenbewußtsein haben, dafür aber die Launenhaftigkeit eines Kalbes. Sie geben später ihre Fehler zu, vorläufig aber muß die Arbeit der Frauen ununterbrochen beobachtet und das Kommunale weiter gebaut werden.

12. Die Kommune fällt auseinander, weil auch nicht das geringste Privateigentum zugelassen wird.

Das ist nicht richtig; vorläufig wird, was Bekleidung und andere Kleinigkeiten betrifft, noch Privateigentum zugelassen. Und das ist schlecht. Erst wenn es gar kein Privateigentum mehr gibt, wird die Kommune unbesiegbar sein. Genosse Lenin lehrte uns: Kommunismus ist, wenn alles Allgemeingut ist. Kommunismus ist Plan und Berechnung. Und die Kommune ist der Samen der Zukunft in der Diktatur des Proletariats. Wie schwer kommt doch die Geburt des Menschen für das neue Leben zustande.

13. Es ist besser, vor Hunger in Freiheit zu sterben, als in der Kommune unter Joch zu leben.

Erstens kann nur ein Satter so reden, ein Hungeriger nicht. In die Kommune kommen

aber gerade diejenigen, die nicht die Kraft haben, allein zu leben. Zweitens: in der Kommune fühlen sich jene unterjocht, die sich für nichts interessieren und die keine eigene Initiative haben. Der Mensch wird von seiner eigenen Krankheit aufgefressen!

14. Die Kommune denken zu wenig. Sie leben nicht mit der „Seele“ und deshalb ist keine Hoffnung auf „Licht“. Sie leben „so dahin“ und schliefen.

Ebenfalls Blödsinn und Lüge. Das sind nur stumpfe Wildlinge, die nicht wissen, daß die proletarische Philosophie auf dialektischem Materialismus beruht. Das ist das eine. Das andere ist: die Kommune (wenn auch nicht alle) verlassen sich sogar allzusehr auf die Zukunft, aber unsere Hoffnung und unser Glaube bringen Berge in Bewegung. (Fortsetzung folgt.)

Ziehung 14. u. 15. Dez.

### Köln Dombau-GELD-Lotterie

3667 Gewinne und 1 Prämie

100000	RM
50000	RM
30000	RM
20000	RM
10000	RM

Alle Gewinne sofort als Abzug zahlbar

Lose 3 RM Porto und Liste 30 Pf. extra

Auch Nachnahmeversand

Arndt Breslau 5b (gegenüber Wertheim)

Postcheck Breslau 67465



# „Tarifloser Zustand“

Die neueste Parole der Gewerkschaftsbürokratie —  
Wie stellen sich die revolutionären Gewerkschaftler dazu?

Seit vielen Jahren ist die ganze reformistische Gewerkschaftspolitik begründet und aufgebaut auf der Tarifpolitik. Streik konnte sich ein Gewerkschaftsmitglied bis vor kurzem, soweit er ihn überhaupt nicht grundsätzlich ablehnte, nur vorstellen für den Abschluß eines neuen Tarifs. Mantel-, Lohn-, Arbeitszeit-Tarife, Verhandlungen mit den Unternehmern, Verhandlungen vor dem Schlichter, immer nur für den Abschluß eines Tarifs, das war das A und das O seiner Tätigkeit. Wie unendlich viele Streiks sind verhindert oder frühzeitig abgewandt worden, nur um wieder den Tarif unter Dach und Fach zu haben!

Diese Tarifpolitik, die im Kollektivvertrag nicht ein Mittel im Klassenkampf, sondern den einzigen Zweck der Gewerkschaftsbewegung sieht, ist vor allem Schuld daran, daß der Kampfcharakter der Gewerkschaften fast völlig verloren ging; daß Hunderttausende das Vertrauen zu den Gewerkschaften verloren haben und andere Hunderttausende in den Gewerkschaften nicht Kampforgane, sondern nur Tarifrichtungen sehen, bei denen sie selbst möglichst keine Anstrengungen zu machen brauchen. Man hat seit 1918 so speziell die neu gewonnenen Mitglieder systematisch nicht zum Klassenkampf, sondern zur Wirtschaftsfriedlichkeit erzogen. Gleichzeitig aber hat man die Bequemlichkeit der Beitragsscheuen unterstützt, die sich sagen: „Gekämpft, gestreikt wird doch nicht, wegen der Streikunterstützung brauche ich nicht in den Verband einzutreten, die Löhne werden doch ohne mein Zutun vor dem Schlichter festgesetzt. Was also soll ich im Verband, wozu soll ich Beiträge zahlen, — die kann ich mir sparen.“

Diese Nur-Tarifpolitik hat sich für die Arbeiterklasse, und für die Gewerkschaften im besonderen, bitter gerächt. Durch ihre Nur-Tarifpolitik und ihre bedingungslose Anerkennung des Schlichtungswesens, der „Friedenspflicht“ und Verbindlichkeitserklärung, sind die Gewerkschaften und die Arbeiter an der Entfaltung ihrer Macht gehindert worden. Es hat dazu geführt, daß die Gewerkschaften den Lohnraub durch die Zwangsschlichtung die ganzen Jahre fast kampflos hinnahmen und so, statt subjektiver Faktor zu sein, immer mehr zu einem fast willenlosen Objekt des Klassengegners der Lohnherrschaft des kapitalistischen Staates wurden.

Jetzt soll das scheinbar anders werden. Jetzt hört man auf einmal von seiten der reformistischen Gewerkschaftsführung den Ruf: „Keine Tarife mehr! Tarifloser Zustand!“

Wir haben vor einiger Zeit schon in der „SAZ“ vom Berliner Bevollmächtigten des Fabrikarbeiterverbandes berichtet, der bekanntgab, daß in allen Betrieben, wo die Organisation schwach wäre, die Tarife gekündigt und vom Verband nicht mehr neu abgeschlossen werden. Inzwischen haben sich weitere Verbände diese Lösung zu eigen gemacht. Die letzte Sitzung des erweiterten Beirates des Metallarbeiterverbandes hat sich vornehmlich mit dieser Frage beschäftigt. Als Extrakt der Debatte gab der Vorsitzende Blandes zum Schluß die Lösung aus: „Wo die Notwendigkeit vorliegt, wird tarifloser Zustand eingeführt werden. Es arbeiten schon jetzt Hunderttausende ohne Tarif.“ In der Provinz geben die DMV-Betriebsleiter fast überall die Anweisung: Tarif wird nicht mehr abgeschlossen.

Was ist los? Hat die reformistische Gewerkschaftsführung eingesehen, daß ihre bisherige Politik grundfalsch war und will sie jetzt eine Politik des Klassenkampfes einschlagen? O nein! So erfreulich eine solche Erkenntnis und eine dementsprechende Schlußfolgerung wäre, so weit sind die Gewerkschaftsführer auch mit ihrer neuesten Lösung davon entfernt. Ihre Aenderung der Taktik entspricht der Tatsache, daß auf Grund der Papenverordnung und ihrer Rechtsgültigkeitserklärung durch das Reichsarbeitsgericht, das Bestehen eines Tarifes in unzähligen — nicht in allen — Fällen es dem Schlichter und Unternehmer viel leichter ist, Lohnabbau zu dik-

tieren, als wenn kein Tarif vorhanden wäre. So richtig diese Erkenntnis ist, so falsch sind die Schlußfolgerungen, die die reformistischen Gewerkschaftsführer daraus ziehen. Sie sind nämlich der Ansicht — der Fabrikarbeitervollmächtigte in Berlin hat das offen ausgesprochen — daß, wenn die Arbeiter einmal praktisch sehen würden, daß ihr Lohn ohne Tarif noch viel schlechter ist, als mit Tarif, sie dann wieder von allein die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation erkennen würden.

Diese Schlußfolgerung wäre dann richtig, wenn die Gewerkschaftsführung entschlossen wäre, nun auch wirklich entscheidende Kämpfe unter Einsatz aller Mittel der Gewerkschaften zu führen. Aber davon hört man bei der Gewerkschaftsführung nichts, sie will einfach die Arbeiter jetzt ihrem Schicksal überlassen und sich vor der Verantwortung drücken. Sie glaubt, daß dann die Arbeiter als reuige Sünder von alleine wieder zu den Gewerkschaften finden.

Diese Annahme ist grundfalsch. Schon die Tatsache, daß auch die Unternehmer und Arbeitgeberverbände den tariflosen Zustand anstreben, ist ein Beweis, daß davon allein die Arbeiter nichts zu gewinnen, sondern noch mehr zu verlieren haben. Tarifloser Zustand, bei dem die Arbeiter sich selbst überlassen werden, muß bei der heutigen Situation fast überall dazu führen, daß die Löhne noch viel schneller als bisher ins Bodenlose sinken. Bei einer Arbeitslosenarmee von 7 Millionen, wovon die Hälfte keinen Pfennig, die andere Hälfte nur ein paar Mark Unterstützung in der Woche bekommt, muß die Beseitigung der Tarife zu einem wilden Konkurrenzkampf und Lohnunterbietung der Arbeiter untereinander führen. Dadurch werden die Gewerkschaften nicht gestärkt, sondern die Masse wird sie noch für diese Zustände verantwortlich machen.

Deshalb müssen ganz andere Methoden eingeschlagen werden.

Wir sind gewiß die letzten, die für einen Tarif unter allen Umständen eintreten. Wenn das Bestehen von Tarifen den Lohnabbau begünstigt, dann ist selbstverständlich ein tarifloser Zustand vorzuziehen. Aber dann gilt es gleichzeitig, alle Kräfte zu mobilisieren, um einen erfolgreichen Kampf gegen weiteren Lohnabbau, für Lohnhöhe zu führen.

Dieser Kampf kann mit Erfolg nur da und dort betriebsweise, in Form von Einzelstreiks usw. geführt werden. In der Mehrzahl der Fälle aber und für die große Masse der heute noch beschäftigten Arbeiter ist dieser ein gewerkschaftliche Einzelkampf heute unmöglich. Deshalb muß an seine Stelle die politische Massenaktion treten. Mehr denn je wird heute der Lohn und die ganze materielle Existenz des Arbeiters vom Staat, von politischen Machtfaktoren bestimmt. Die Staatsmacht des Kapitals steht heute aber auf sehr schwachen Füßen. Wenn dagegen die Arbeiterklasse unter dem Einsatz der organisierten Gewerkschaftsmacht mit außerparlamentarischen Massenkämpfen antritt, dann muß entweder diese sehr wacklige Staatsmacht zurückweichen, große Konzessionen in Form von Erhöhungen der Löhne, Unterstützungen usw. machen, oder aber der Kampf treibt sehr schnell darüber hinaus zur politisch-revolutionären Entscheidung.

Nur wenn die Gewerkschaften diese Schlußfolgerungen ziehen, wenn sie nicht einfach die Arbeiter ihrem Schicksal überlassen und sich auf leere Aufforderungen, „in jedem Betrieb Widerstand zu leisten“, beschränken, sondern den organisierten planmäßigen Massenkampf mit allen Konsequenzen aufnehmen, kann die Taktik des tariflosen Zustandes zum Erfolg, zum neuen Aufstieg der Arbeiterklasse führen. Das gilt es in jeder Gewerkschaftsversammlung zum Ausdruck zu bringen.

## Konsumverein Delitzsch und KPD

Im „Klassenkampf“, dem KPD-Organ in Halle, vom 6. Dezember 1932 bringt der „Arbeiter-Berichterstatter“ von Delitzsch, Wilhelm Knappick, etwas aus der Generalversammlung des Konsumvereins Delitzsch. Die Uberschrift lautet: „Es beginnt im Konsumverein zu krachen!“ — Die Nazizeitung überschreibt denselben Artikel mit den Worten: „Im Konsumverein kracht's!“ Bevor wir zu den entstellten Dingen von Knappick kommen, haben wir uns mit der Frage zu befassen: Wer ist Knappick?

Knappick absolvierte seine „revolutionäre“ Laufbahn bei der Reichswehr. Das sind keine Unwahrheiten. Freund Knappick stand 1920 gegen die Arbeiterklasse (als Reichswehrmann). Knappick kam nach seiner Entlassung — bei der Kreisbank — vor 2 Jahren zur SPD, während dieser Zeit gehörte Knappick dem „revolutionären“ Roten Kreuz an. Vor einem Jahre gab Knappick in der SAP eine kurze Gastrolle, aber weil hier für seinesgleichen nichts zu erben ist, kehrte er ihr bald wieder den Rücken. Im Konsumverein ist W. Knappick seit Dezember 1931 organisiert. Seine erste Aufgabe bestand

darin, die „genossenschaftliche Massenorganisation“ (diese Redewendung ist von Knappick selbst) anzupumpen. Sein Umsatz beträgt 120 RM. Bei uns kommen die wirklich revolutionären Erwerbslosen alle über 400 RM Umsatz im Jahre. Knappick erlaubte sich den Witz: „Die Generalversammlung beauftragt die Verwaltung, das genossenschaftliche Eigentum zu verkaufen!“ Mit hellem Geläch-

Ortsgruppe Dresden  
Sonntag, den 11. Dezember 1932, vorm. 10 Uhr, findet im Lichtspielhaus Freiburger Platz eine Filmveranstaltung zum Besten der Winterhilfe des IHV statt. Es läuft der Film „Das Ende von St. Petersburg“. Eintritt einheitlich 30 Pfg. Internationale Hilfsvereinigung.

ter quittierte die sehr stark besuchte Generalversammlung diese „revolutionäre“ Idee. Selbst der größte Teil der KPD-Genossen zeigte für solche Geschäftsmanipulationen kein Interesse.

Knappick zieht auch Bilanz und dabei kommt er zu folgendem Ergebnis: 220.000 RM Betriebsvermögen stehen 80.000 RM Unkosten gegenüber. Von einem einkommenslosen „Bankfachmann“ könnte man eigentlich mehr verlangen. Knappick befaßt sich auch mit der Frage der Anteilshöhe und kommt hierbei zu dem Schlußsatz: „Aber nicht zuletzt auch die politische Aussprache trug dazu bei, daß die Antenne abgelehnt wurde.“ Er schreibt weiter: „Jetzt, wo der Konsumverein am Krachen ist, möchte man freiwillig den Kommunisten einen Vorstandsposten einräumen.“ Knappick, wenn bei auch in der Partei die Frage nicht richtig behandelt wurde, dann ist es nicht unsere Schuld. Fest steht, daß der Genosse Leiser von der KPD sein Amt aus statistischen Gründen niederlegte. Wir

### Bezirkskonferenz Hannover

Am Sonntag, dem 11. Dezember, findet in Hannover, vormittags um 10 Uhr, im Lokal Bunte, Knochenhauerstr. 63, unsere ordentliche Bezirkskonferenz statt. Tagesordnung: 1. Die politische Lage und die Aufgaben der SAP. Referent: Gen. August Siemsen, Berlin. 2. Berichte der Bezirksleitung. 3. Stellungnahme zum Reichsparteitag. 4. Organisationsfragen. Außer den gewählten Delegierten können auch Mitglieder als Gäste an der Tagung teilnehmen. Mitgliedbücher sind vorzulegen! Kampfbereit! Die Bezirksleitung.

hatten also nicht die geringste Ursache, die KPD-Genossen auszuschalten. Wir sind für die proletarische Einheitsfront, und bei einer guten Politik der KPD wären die vorhandenen Ansätze zur Schaffung einer wirklichen Einheitsfront sehr leicht zu erfüllen.

Aber warum behandelt Knappick die Dividendenanzahlung nicht? Das überläßt er schon der Verwaltung des Konsumvereins. Wie wäre es wenn wir die KPD-Konsumvereine, darunter auch Limbach, Wittensberg usw., die nur 2 Prozent oder gar keine Rückvergütung zahlen, unter die Lupe nehmen. Solche Methoden lehnen wir ab, weil wir die Wirtschaftskrisen sehr genau kennen. Knappick und Gen. sei gesagt: Der sozialistische Aufbau in der genossenschaftlichen Massenorganisation kann nur dann erfüllt werden, wenn die revolutionäre Arbeiterschaft die Voraussetzung dazu erfüllt, vor allem aber ihre Klassenlage sofort erkennt und sich genossenschaftlich organisiert und „kauft“. Diese Frage einmal mit Knappick grundsätzlich zu behandeln, erscheint uns notwendig.

Verantwortlich: Bruno Sacher, Breslau; inserte Herbert Scholz, Breslau; Verlag Max Rausch, Breslau. Lohndruck Th. Schatzky A.G., Breslau. Neue Graupenstraße 7. Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Gebert, Breslau 6, Kleine Holzstraße 3. Postscheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau Konto-Nr. 102 92.

Weihnachtsfreude durch Klausner

Hauptgeschäft: Ohlaustraße 5, 6  
Schul-Etage: Ring 22, 1. u. 2. St. (Hauptstadt)

**STADTTHEATER**  
Freitag, 20. — Sonntag, 23. Abonn.-Vorst. C 7  
Erstaufführung  
**Friedemann Bach**  
So. abend. 19.30 — Montag, 23. Geschloss. Vorstellung für die Deutsche Bühne  
Sonntag, 11. — nach 16. (Ermäßigte Preise)  
**Die Meistersinger von Nürnberg**  
20. — nach 21.  
**Der Teufelsreiter**

**GERHART HAUPTMANN THEATER**  
Freitag, 20.15 — 22.15 Letztes Gastspiel  
„Die vier „schweren““ der Vierer-Lächerfolg.  
**Hier irrt Goethe**  
Ab Sonntagabend täglich 20.15  
**Bargeld lacht**  
Sonntag, 15.30 Uhr  
Zum 1. Male!  
**Wir fahren mit Dieter ins Märchenland**  
Märchenspiele von Curt Elwenspoelt

**LOBETHEATER**  
Freitag, 20.15 (Sonntag, 15.30) Zum 1. Male!  
**Robinson soll nicht sterben**  
von Friedrich Förster  
Sonntagabend, 20.15 (u. täglich)  
**Heimkehr des Olympiasiegers**  
Komödie von Strindberg

**Zentral**  
Theater, Westendstraße 50  
Bis einschli. Donnerstag, den 15. Dezember  
Das einzigartige Tonfilm-Doppel-Programm  
1. Die herrlichsten und melodischsten aller Tonfilm-Operetten!  
Magda Schneider in **Zwei in einem Auto**  
(Eine Reise ins Glück)  
mit Carl Ludwig Dieltz — Ernst Verem — Kurt Geron. Ein Film mit Herz, Musik, populären Schlagern und zauberhaften Landschaftsbildern.  
2. Ein Meisterwerk der Tonfilm-Technik! — Eine rätselhafte Angelegenheit  
**Teilnehmer antwortet nicht**  
mit Dorothea Weick — Gustav Diehl — Gustaf Gründgens — Oscar Sims — Hermann Spielmanns  
Ein Film, der alles in sich vereinigt: Spannung, Tempo, Witz, Sensation, Überraschung  
Ufa-Vorstellung — Volles Orchester — Das Kulturfilm  
Im Variete-Teil: **Walton und May**  
in ihrem verblüffenden u. unerreichten Trambolin-Sprung-Akt  
Beginn: Tägl. 4.30 — Letzte Vorstellung 8.45 Uhr

**Taschenuhr** gut gehend  
Ankerwerk, unzerbr. Glas **2.20**  
u. ähnlich alle and. Preise.  
Uhren-Etage Ossig & Co. Bresl., Ring 14 (Bechers.)

**PROLETON**  
Gabitstraße 20/22 Höhenstraße 48  
Ab Freitag bis Donnerstag, den 15.12.1932:  
Wiederum ein Film von unerhörtem Stimmungsreiz: Ein Riesenerfolg!  
**Jan Kiepura**  
**Das Lied einer Nacht**  
mit Fritz Schulz, Magda Schneider, Otto Wallburg, Ida Wüst . . .  
**Alte Melodien u. Lieder** in  
**Menschen im Sturm!**  
Ein Mädel von der Reeperbahn  
mit Olga Tschechowa, Trude Berliner, Andre v. Schlettow.  
**Neueste Ton-Wochenschau!**  
Programm beginnt 4.30, und 8.45 Uhr  
Wochentags Eintritt Erwerbssb. ab 30 Pfg.  
Sonntag: 1/3 Uhr, Gr. Kindervorstell.  
„Das Lied einer Nacht“ u. Beiprogramm

**JUMA Lichtspiele SANDSTR. 1**  
von 10 Uhr früh ununterbrochen geöffnet!  
Wieder 2 Groß-Tonfilme  
**Frankenstein**  
Nur für starke Nerven  
Der unheimlichste Film  
2. Tonfilm  
**Meine Kinder — Mein Glück**  
Ein Denkmal allen Müttern der Erde  
Tonlustspiel • Neueste Emelka-Tonwoche  
**Werbewoche**  
Bei Vorzeigung dieser Annonce zahlen Sie auf allen Plätzen **nur 30 Pfg.**

**WALHALLA**  
Kino am Wackplatz  
1. Richard Tauber in **Melodie der Liebe**  
mit Lien Deyers, Szöke Szasch, Adolf Wohlbrück, Ida Wüst  
2. Der Frosch mit der Maske  
8 Akte mit Edgar Wallace  
3. Fox tönende Wochenschau  
Sonntag, nachm. 2 1/2 Uhr: Große Kindervorstellung





**Gummiknüppel anstelle Arbeit und Brot.** Griechische Polizei zerstreut in Athen eine Ansammlung von Streikenden. Dasselbe Bild wie in Deutschland und in den anderen kapitalistischen Ländern und im Gegensatz dazu . . . . .



Sie lassen sich's bei Banketten wohlschmecken, schlagen sich die Bäuche voll und diskutieren über die Profite. (Das Bild zeigt die Pariser Tagung der internationalen Handelskammer).



Der konsequenten Friedenspolitik der Sowjetunion ist der Abschluß eines Nichtangriffspaktes mit der französischen Republik gelungen. Damit hat sich einer der entschiedensten Gegner der Räterepublik zur Neutralität verpflichtet. Dieser Vertrag wird jedoch nur solange seine Wirkung haben, bis die Imperialisten aller Länder zu offenen Feindseligkeiten gegen die Sowjetunion übergehen werden.



Arbeitslose Seine-Lastträger hoffen, daß ihnen der nasse Präsident Roosevelt in USA durch die Aufhebung der Prohibition Arbeit durch Weinlieferungsaufträge schaffen werde. Sie stoßen auf das Wohl des Vertreters der amerikanischen Bourgeoisie an. Sie vergessen ihr Klasseninteresse und die Interessen ihrer Klassengenossen in Amerika um eines Traumens willen. Denn so wenig wie der trockene Hoover Arbeitslosigkeit und Krise für Frankreich gemacht hat, so wenig wird sein Nachfolger den französischen oder amerikanischen Arbeitslosen helfen.



Die Nazis haben es mit den Symbolen. So erklärt es sich, daß einer ihrer Abgeordneten zur ersten Sitzung des Reichstages hoch zu Ross angetrabet kam. Dadurch, daß er zu Pferde und nicht mit dem Fahrrad, dem Automobil oder der Straßenbahn kam, ist es ihm gelungen, die vorsittliche Gesinnung seiner Partei zu dokumentieren. Er wollte sich außerdem von den gewöhnlichen „Fußgängern“ unterscheiden. Das ist alles ganz klar, es ist nur betrüblich, daß neuerdings sogar Kösser zu den Plenarsitzungen des deutschen Reichstages eilen.



**Kurt von Schleicher** — Reichskanzler. Der Mann, der aus dem Dunklen hervorgetreten ist.

Nebstehend.  
Bracht — Innenminister, Aktator über Preußen, der Ritter vom Zwickel.



Links.  
Der neue Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, Herr von Gereke. Er ist der Urheber des arbeiterfeindlich, Arbeitsbeschaffungsprogramms.



Rechts.  
von SchwerinsKrosigk — Finanzminister. Der Mann, der wehrlos dem Zusammenbruch der deutschen Staatsfinanzen gegenübersteht.



Herr von Neurath, der Vertreter der Interessen des neudeutschen Imperialismus gegenüber den Herrschenden im Ausland. Er schritt von Niederlage zu Niederlage.



Dr. Syrup ist Reichsarbeitsminister geworden. Er benutzt Arbeitslosengelder für den FAD.



Reichswirtschaftsminister Professor Dr. Warmbold, der direkte Vertreter der I.-G.-Farben-Interessen.



Die stille Sehnsucht der deutschen Jugend ertüchtigt. Das Bild zeigt, wie der englische Imperialismus, der sich ja in nichts von dem deutschen unterscheidet, Zöglinge einer englischen Lehnanstalt für den kommenden

Krieg ausbilden läßt. Eine Instruktionsschule am Tank. Deutsche bürgerliche Zeitungen nutzten dieses Bild zu einer englandfeindlichen Hetze aus. Nun, wir wissen Bescheid!



# Wirtschaft der Woche

## Bilanzergebnisse In der Krise

Die in diesem Monat fälligen Bilanzveröffentlichungen großindustrieller Unternehmen schließen im allgemeinen mit Verlusten ab. Nur in Ausnahmefällen werden Dividendenauszahlungen beschlossen, so zum Beispiel bei der Leipziger Wollkammerei sogar 6 Prozent gegenüber 5 Prozent im vorigen Jahr. Charakteristisch ist, daß wie im vorigen Jahr wieder sehr hohe Abschreibungen gefällig worden sind, um auf diese Weise Reserven für weitere Krisenzeiten sicherzustellen. Die beigefügten Rendite geben durch Angabe der Produktionsziffern, des Belegschaftsstandes usw. ein eindringliches Bild von der Tiefe der Krise.

Bei der Oelsenkirchener Bergwerks A.-G. zum Beispiel, die im übrigen jetzt erst den Bericht für das schon am 31. März 1932 abgeschlossene Geschäftsjahr vorlegt, betrug die Gesamtförderung, 1913 gleich 100 gesetzt, 1931 nur 74,79 Prozent. Die Zahl der auf den Zechen beschäftigten Arbeiter und Angestellten sank gegenüber dem Vorjahr um 23 Prozent. Der Bericht der Oelsenkirchener A.-G. ist auch insofern sehr interessant, als er die Methoden kapitalistischer Geschäfts- und Bilanzführung treffend beleuchtet. Im Berichtsjahr wurden nämlich 13,1 Millionen RM. Rheinische Braunkohlenaktien des Unternehmens an das Reich verkauft, und zwar zu dem hohen Kurs von 200 Prozent. Dieser Verkauf trifft auf der Aktivseite der Bilanz überhaupt nicht in Erscheinung, da nämlich das ganze Geschäft mit diesen Braunkohle-Aktien gesondert geführt wurde. Einzelne Personen des Direktoriums oder Aufsichtsrates bildeten ein Konsortium (Gemeinschaft), und das ganze sogenannte Konsortialgeschäft wurde nicht mit bilanziert. Nicht nur die Öffentlichkeit, sondern auch die durch Aktienbesitz an dem Unternehmen interessierten Kreise erhalten auf solche Weise natürlich niemals einen vollen Ueberblick. Selbst wer Bilanzen zu lesen versteht, kann niemals behaupten, daß er aus ihnen den tatsächlichen Stand eines kapitalistischen Großunternehmens kennen würde.

Für die rheinische Montanindustrie ist charakteristisch, daß fast in den Berichten zugegeben werden muß, daß vor allem die Rußlandlieferungen den Betrieb noch einigermaßen in Gang gehalten haben.

Interessant ist auch der Bericht über die bereits abgehaltene Generalversammlung der Rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik Düsseldorf, die unter anderem auch Waffen herstellt. Auf der Generalversammlung wurde nämlich die dort beantragte Erhöhung der Kreditgewährung an Tochtergesellschaften damit begründet, daß man, infolge der durch den Versailler Vertrag verfügten Einschränkung der Waffenherstellung, im Ausland Tochtergesellschaften errichtet hat, die nun dort die Waffen herstellen, mit denen — Geschäft bleibt Geschäft — dann am Ende womöglich das eigene „Vaterland“ noch bekriegt wird.

Schließlich seien die Jahresabschlüsse (für 1931) der privaten Lebensversicherungsgesellschaften hervorgehoben, weil diese in besonderem Maße geeignet sind, die Verelendung der breiten Massen der Bevölkerung aufzuzeigen. Nach einer Statistik, die 55 solcher privater Lebensversicherungsgesellschaften umfaßt (Barmenia, Sorgenfrei und Hovad fehen), betrug nach Verrechnung mit dem Neuzugang die Abgangssumme des versicherten Kapitals im Jahre 1931 nicht weniger als 2,1 Milliarden Mark gegenüber 1,6 Milliarden im Jahre 1930.

Allein durch Rückkauf (weil die Versicherten das Geld unbedingt zum täglichen Lebensunterhalt benötigen) gingen 1931 rund 92 Millionen Mark verloren gegenüber rund 63 Millionen im Jahre 1930. Der Neuzugang blieb gegenüber dem Vorjahr um rund ein Viertel zurück. Auch die Lebensversicherungsgesellschaften haben, um im folgenden Jahre nach Möglichkeit gesichert zu sein, große Abschreibungen gemacht und Reserven zurückgestellt. An die Gewinnreserven der Versicherten selbst wurden dagegen erheblich geringere Summen aus den erzielten Ueberschüssen überwiesen als in den vorangegangenen Jahren. Die Auszahlungen in Todesfällen verliefen ohne Schwierigkeiten und in normaler Höhe.

## Andauernder Konjunktur- Tiefstand

Das Konjunkturforschungsinstitut legt soeben ein neues Heft vor, in dem die deutsche und die Weltwirtschaftslage bis Anfang Dezember behandelt werden. Die Statistiken ergeben, daß im Augenblick der Tiefstand der Krise erreicht bzw. durch eine, wenn auch langsame Steigerung der Produktion bereits überholt ist, daß die sogenannte Depressionsphase (das heißt keine Krisenverschärfung mehr, aber doch noch ein großer, andauernder Tiefstand) eingetreten ist. Auch für diese jüngste Zeit erklärt das Konjunkturforschungsinstitut, wie in seinem in der Vorwoche von uns zitierten Bericht, sehr vorsichtig, daß die Produktionsbesserung nicht auf eine Belebung bei den Konsumenten, sondern auf Hoffnungen und Spekulationen innerhalb der Industrie- und Handelskreise zurückzuführen ist. So wagt es auch diesmal noch keine Prophe-

zung einer stärkeren und längeren Ueberwindung der Krise innerhalb des kapitalistischen Systems.

Unter anderem wird festgestellt, daß der Weltmarkt noch immer eine weitere Schrumpfung zu verzeichnen hat. Trotz stark gesunkener Frachtpreise geht der Seeschiffsverkehr noch weiter zurück, was neben anderen Faktoren auch wieder verschärfend auf die Lage der betroffenen Länder zurückwirkt.

## Osterreichische Finanz- schwierigkeiten

Der zur Ueberprüfung der österreichischen Wirtschaftslage eingesetzte Völkerbundsvertreter van Rosl hat seinen Bericht für das vierte Quartal 1932 fertiggestellt. Danach ist für 1932 bei den Bundesbahnen, die vor allem für die große österreichische Auslandsverschuldung belastet werden, ein Defizit von 105 Millionen Schilling (100 Schilling = 51,95 RM.) zu verzeichnen; für 1933 wird das Defizit der Bundesbahnen mit 117,4 Millionen Schilling veranschlagt. Die finanziellen Auslandsschulden betragen unter Abzug der Handelsschulden nicht weniger als 3532 Millionen Schilling. Auch in Oesterreich gehen die Verkehrseinnahmen noch ständig zurück.

Besonders belastend für den Staat (das heißt für die Steuerlasten der breiten Massen) ist der Stand der Oesterreichischen Creditanstalt, die bekanntlich im vorigen Jahre durch eine ungeheure Mißwirtschaft vor der Pleite stand und nur mit Riesenanleihen im In- und vor allem im Ausland vor der offenen Bankrotterklärung bewahrt blieb. Zurzeit schweben Verhandlungen über neue Auslandsanleihen für die Bank.

er entlassen werden sollte, hat, doch noch einige Tage dort bleiben zu dürfen. Er ließ sich von Juden pflegen und heilen, nährte sich von koscherer Kost und schrieb dabei Hetzartikel gegen die Juden — das ist immerhin eine Leistung, die sich sehen lassen kann!

## Der nationale Wels

Vor dem Mosbiter Landgericht lief dieser Tage ein Beleidigungsprozeß des SPD-Führers Wels gegen zwei nationale Redakteure, welche Wels wegen eines Besuchs im Jahre 1931 bei Henderson, dem englischen Außenminister, des Landesverrats bezichtigten. Im Verlauf der Verhandlungen wurde auch Wels vernommen. Er wandte sich heftig gegen den Vorwurf des Landesverrats. Auf den Einwand des englischen Außenministers, Hilfe für Deutschland könne nur erfolgen, wenn der Panzerkreuzerbau eingestellt werde, habe er, Wels, erwidert, auch die SPD habe, um Erschütterungen zu vermeiden, sich für den Bau der Panzerschiffe eingesetzt. Dies sei seine ganze Unterhaltung mit Henderson im Beisein des „Vorwärts“-Redakteurs Schiff gewesen. Wels nannte den Vorwurf des Landesverrats „ungeheuer diffamierend gegenüber der Partei, welche die größten Opfer für das Vaterland gebracht habe!“

Es gibt eben keine schlimmere Kränkung für einen deutschen Sozialdemokraten, als in seiner nationalen Ehre angegriffen zu werden.

## Und wieder Landesverrat!

Kaum, daß Bullerjahn die Angeklagtenbank des Vierten Strafsenats verlassen hat, sitzt schon wieder ein neuer „Landesverräter“ auf dieser Bank. Angeklagt ist der 42 Jahre alte Kraftfahrer August Jäger aus Erfurt. So grotesk es erscheinen mag, er wird wegen eines 17 Jahre zurückliegenden Deliktes unter Anklage gestellt.

Während des Krieges, am 14. April 1915, soll Jäger vor einem Gasangriff zu den Franzosen übergelaufen sein und diesen von den geplanten Maßnahmen Kenntnis gegeben haben.

Vor einem Jahre wurde der Angeklagte von der Straße weg verhaftet und sitzt nun seit dieser Zeit im Untersuchungsgefängnis. Die Anklage stützt sich nur auf Indizien. Elf Zeugen, größtenteils Kriegskameraden, sollen jetzt Wahrnehmungen aus der Zeit vor 17 Jahren wiedergeben. Das Reichswehrministerium ist ebenfalls wieder durch „Sechserstände“ vertreten.

Der Reichsanwalt verlangte, wie üblich, Ausschluss der Öffentlichkeit.

Dieser Prozeß ist kennzeichnend für den Zustand in dem sich die deutsche Republik befindet. Die Generale machen Politik. Die Justiz bemüht sich, ihnen zu Willen zu sein.

Daß aber so etwas überhaupt möglich ist, verdankt die Arbeiterschaft nicht zuletzt dem Verhalten der sozialdemokratischen Führer seit dem 9. November 1918. Alle Gewalten wurden den Arbeitern entrissen und in die Hände der Militärs und Junker gelegt. Das Ergebnis war voraussehbar. Insbesondere, daß die damalige Regierung der Volkbeauftragten die Landesverratsparagrafen und viele andere Schandbestimmungen des Strafbuchgesetzes unangestastet ließ, zeigt, daß die damalige Führung nicht vom Willen zur Macht für das Proletariat besetzt war und vor lauter „dringenden Staatsgeschäften“ Entscheidendes vergaß.

Die gesamte Arbeiterschaft muß entscheiden gegen einen solchen Prozeß, gegen eine solche Justiz überhaupt, aufs schärfste protestieren!

# Politik der Woche

## Der Naziführer

### im jüdischen Krankenhaus

Vor einigen Tagen konnte die „SAZ“ die aufsehenerregende Mitteilung bringen, daß die nationalsozialistische Presse seit einigen Monaten, auf besonderen Befehl Hitlers, Inserate einer bis dahin von ihr bekämpften jüdischen Zigarettenfirma veröffentlicht und daß seitdem die nationalsozialistischen Zeitungen auch in ihrem Textteil werbenden Artikeln für diese jüdische Firma Raum geben. Kaum sind diese kompromittierenden Tatsachen bekannt geworden, da ist die „Wiener Arbeiterzeitung“ in der Lage, der Öffentlichkeit neue Mitteilungen zu unterbreiten, die ein allgemeines Hohngelächter über die unverschämte Demagogie der Naziführer hervorrufen werden.

Führer der österreichischen Nazis ist der Wiener Nazigauleiter Pg. Frauenfeld. Dieser Mann führt einen besonders erbitterten Kampf nicht nur gegen die Juden im allgemeinen, sondern speziell gegen die jüdischen Aerzte bei der Gemeinde Wien. Noch am 3. Dezember veröffentlichte er in seinem Blatt einen Brandartikel gegen diese jüdischen Aerzte. Doch das Unglück schreitet schnell! Am 4. Dezember brachte die „Wiener Arbeiterzeitung“ mit dokumentarischen Unterlagen den Beweis, daß Pg. Frauenfeld persönlich, als er im Jahre 1929 erkrankte, nicht in das allgemeine Krankenhaus, nicht in das Spital der Barmherzigen Brüder oder in irgendein anderes christliches und arisch geleitetes Krankenhaus gegangen ist, sondern

ausgerechnet in das Spital der israelitischen Kultusgemeinde!

Dieses sogenannte Rothschild-Spital ist ein ausgesprochen jüdisches Krankenhaus. Sämtliche Aerzte sind Juden. An der Eingangstür prangt eine Tafel mit hebräischen Buchstaben. An der Tür jedes Krankenzimmers befindet sich das heilige Zeichen der Juden, die Mesusa. Die Kost in diesem Spital ist streng jüdisch-rituell, also koscher. Die Küche steht unter der Aufsicht des Wiener Rabbinats. In diesem Spital liegen zu neun Zehnteln nur jüdische Patienten.

Pg. Frauenfeld war von diesen Enthüllungen natürlich wenig erbaut. Wie die Dinge lagen, konnte er aber nicht einfach leugnen, und darum suchte er nach allen möglichen Ausreden. Er entwickelte sich dabei in solche Widersprüche, daß er in einem Satz erklärte, er sei damals noch nicht Mitglied der NSDAP gewesen, um zwei Sätze weiter zu schreiben, die Wochen, die er (im jüdischen Krankenhaus) ans Bett gefesselt war, hätte er dazu benutzt, für die Zeitung „Der Nationalsozialist“ zahlreiche Leitartikel und Artikel zu schreiben.

Damit ist also erwiesen, daß Pg. Frauenfeld als aktiver Hakenkreuzler auf seinen besonderen Wunsch (denn sonst wäre er als Bankbeamter ins Spital der Wiener Kaufmannschaft gekommen) in ein jüdisches Krankenhaus gegangen ist, genau so, wie die übrigen Pgs. in jüdischen Warenhäusern kaufen und durch jüdische Inserate ihre Zeitungen finanzieren. Dem Pg. Frauenfeld gefiel es im jüdischen Krankenhaus so gut, daß er, als



## Rote Kinderwelt

An allen Herbst- und Winternachmittagen treffen sich die Roten Falken in ihren Arbeiterkinderheimen. Wenn wir genug gearbeitet und gespielt, geirrt und gesungen haben, geht das lustige Erzählen los!

### Eine Klapperschlangenjägerin

Das ist ja ein merkwürdiger Frauenberuf, werden viele von euch sagen. Und doch ist es keine Phantasie, sondern Wirklichkeit. Vor einigen Jahren lebte in Kalifornien eine Miß Grace Somers, die sich ausschließlich von der Klapperschlangenjagd ernährte. Wenn sie auf die Jagd ging, trug sie kurze Breches, hohe, waffierte Lederstiefel, dicke lederne Fausthandschuhe. Ihre Waffen bestanden aus einem kurzen dicken Knüttel und einer zehn Fuß langen Schlange, die in

einer eisernen, zweizinkigen Gabel endete. Suchte sie die Klapperschlangen in den öden, steinbesäten Flächen auf, die ihre Schlupfwinkel waren, und sah sie die giftigen Reptile, deren Biß tödlich ist, so bohrte sie mit ihrer Schlange ihnen den Kopf fest in den Erdboden und trennte ihn mit einem kräftigen Schläge des Knüttels vom Körper. Auf alle Fälle trug sie immer als Gegenmittel Salmiakgeist, Höllenstein und eine Binde bei sich. Doch hatte sie nie nötig, davon Gebrauch zu machen.

Den geföteten Klapperschlangen zog sie die Haut ab und präparierte sie. Dann verkaufte sie diese an Lederwarenfabriken, die daraus Gürtel, Taschen, Portemonnaies und andere schöne Dinge herstellen, die sich die reichen Leute leisten können. Die Klapperschlangenhaut ist ein gesuchtes und gut bezahltes Material.

Glaubt ihr, daß sich die Frau aus Spaß und Sport in die gefährliche Lage begeben würde? Oder ob nicht die Not um das tägliche Leben sie dazu gezwungen hat?

## Was lesen wir Arbeiter- kinder

Warum liest du immer? Ich habe keine Lust dazu! Diese Frage taucht öfters auf. Ja warum lesen wir? Ich glaube wir können das mit wenigen Worten grob zusammenfassen.

1. Wir haben unsere Aufgaben zu lernen. Wir lernen aus den Büchern.

2. Was sollen wir sonst anfangen. Wir lesen aus Zeitvertreib.

3. Die Bücher vermitteln uns Vorstellungen, Erlebnisse und Reisebeschreibungen aus fernen Ländern, in die wir persönlich nicht kommen. Ferner regen Märchen, Sagen und andere Geschichten unsere Phantasie an. Bücher lassen uns die Gegensätze zwischen Arm und Reich erkennen. Die

herrschende Klasse gegen die unterdrückte Klasse. Dasselbe gilt auch in den Büchern, wo die weiße Rasse gegen die farbige Rasse kämpft und diese unterdrückt.

Es gibt eine riesenmenge Bücher, die für uns Arbeiterkinder schlecht sind. Alle Märchen von Kaisern und Königen, von Eisen und Zwergen. Alle die Detektivromane und Indianerschmökler, von denen kein einziges Wort wahr ist und sein könnte.

Alle Bücher, in denen die besitzende Klasse den Armen helfen oder, wie vielfach drin steht, arme Mädchen heiraten. Das ist alles größter Schwindel. Die Wirklichkeit sieht ganz anders aus.

Wir geben einige Bücher an, welche wir lesen können und sollen.

### Für Sechs- bis Zehnjährige:

Die Reise mit dem Lumpensack, Dietzverlag, Berlin.

Ali, der Teppichweber, Maligverlag, Berlin. Der Zauberer Burufu, Kaden u. Co., Dresden. Mutz, der Riese, Kaden u. Co., Dresden. Lenin-Märchen, Verlag Jugend-Internationale, Berlin.

Der kleine graue Hund, Verlag Jugend-Internationale, Berlin.

Der Wunderquell und Rotnäschen, Deutscher Abstinemen-Bund, Berlin.

### Für Zehn- bis Zwölfjährige:

Kinderland 1933, Vorwärtsverlag, Berlin. Menschen und Menschenkinder, Arbeiterbildungsinstitut, Menschlein, Tierlein und Dinglein, Dietzverlag, Berlin.

Emil und die Detektive von Erich Kästner. Hans ohne Brot, Verlag Jugend-Internationale, Berlin.

Es war einmal und es wird sein von Hermine zur Mühlen.

### Für Zwölf- bis Vierzehnjährige:

Die Räuberbande, Gustav Kiepenheuer, Verlag, Potsdam.

## Werbt Abonnenten!

Ede und Unku, Malikverlag, Berlin. Die Roten Helden, Verlag Jugend-Internationale, Berlin.

Pionier, Verlag Jugend-Internationale, Berlin.

Schied, die Republik der Strolche, Verlag Jugend-Internationale, Berlin.

Taschkent, die brotreiche Stadt, Verlag Jugend-Internationale, Berlin.

Die Rache des Kabunauri, Verlag Jugend-Internationale, Berlin.

Gegen den Strom, Verlag Jugend-Internationale, Berlin.

Die Uhr, Verlag Jugend-Internationale, Berlin.

Die Pfeife des jungen Komunarden, Verlag Jugend-Internationale, Berlin.

Bringt uns wirklich der Klapperstorch, Greifenverlag, Rudolstadt.

Hallo, Fremdel! Obige Bücherangabe hebt euch gut auf, überhaupt! alle unsere Kinderbeilagen. Versucht euch nach Möglichkeit dies und jenes Buch zu besorgen und genau zu lesen. Bestellungen geht bei der Arbeiterbuchhandlung oder bei jeder anderen auf, sie besorgen diese Bücher. Wer schon andere Bücher gelesen hat und diese gut für alle Arbeiterkinder sind, teile uns den Namen des Buches, des Verfassers und den Verlag mit. Wir werden dann das in unserer Zeitung veröffentlichen.

H. und M. Berke, Braunschweig. Euer Bericht ist nicht abdruckreif.

Wir sind doch gegen Alkohol und Nikotin. Wenn andere Kinder dies lesen, sind sie wenig erfreut von eurer Handlung. Außerdem, ihr wißt doch: Was wir versprechen, müssen wir auch halten. Besonders den Eltern gegenüber.

Ich weiß aber, daß ihr feinere Berichte schreiben könnt. Darauf warte ich und diese kommen in die Zeitung. Bestimmt!

Freundschaft!  
Rote Kinderwelt, Breslau, Kl. Holzstr. 3.



## Eine Berichtigung — und unsere Antwort

Wir erhalten folgende Zuschrift:

In Nr. 258 des Jahrganges 1932 der „Sozialistischen Arbeiterzeitung“ erschien in der Beilage, betitelt „Zur Gemeindevahl in Sachsen“, ein Artikel mit der Überschrift „Kommunalpolitische aus Heidenau“ in dem in bezug auf meine Person u. a. folgendes ausgeführt ist:

„Wer außerdem die internen Verhältnisse der SPD kennt und vor allem die Vergangenheit des Landtagsabgeordneten Heide und des Gruppenvorsitzenden der SPD, A. Schwenke, der kann sich von vornherein schwer vorstellen, wie künftig eine ersprießliche Arbeit entstehen soll. Denn es liegt noch nicht lange zurück, als der Spitzenkandidat der SPD Paul Heide in seiner Eigenschaft als Kontrollleur des Konsumvereins Vorwärts gegen den zweiten Kandidaten Schwenke gerichtlich vorging, um diesen als Lagerhalter aus dem Konsumverein zu entfernen. Das Vorgehen Heides war schließlich auch von Erfolg gekrönt, nicht nur, daß er Schwenke aus Lohn und Brot brachte, sondern Schwenke wurde auf das Betreiben Heides als Mitglied aus der Konsumgenossenschaft ausgeschlossen.“

Demgemäß habe ich folgendes zu berichtigen: „Es ist unklar, daß ich, Paul Heide, in meiner Eigenschaft als Kontrollleur des Konsumvereins Vorwärts gegen den zweiten Kandidaten Schwenke gerichtlich vorgegangen bin, um diesen als Lagerhalter aus dem Konsumverein zu entfernen. Unklar ist weiter, daß mein Vorgehen den Erfolg hatte, daß Schwenke aus Lohn und Brot gebracht wurde, ebenso wie es unklar ist, daß Schwenke auf mein Betreiben als Mitglied aus der Konsumgenossenschaft ausgeschlossen wurde.“

Ich bitte, diese Berichtigung gemäß § 11 Reichspressgesetz in der nächst-

## Unterbezirks-Mitgliederversammlung der SAP-Dresden

Sonnabend, den 10. Dezember 1932, 16 Uhr, im Kongressaal des Dresdner Volkshauses, in nächster Nähe des Wettiner Bahnhofes.

### Tagesordnung:

1. Die Rolle und die Aufgaben der SAP. Referent: Gen. Jakob Walcher, Korreferent: Gen. Max Seydewitz.
2. Die Lage im KVD und unsere Aufgaben.
3. Wahlen der Delegierten zum außerordentlichen Parteitag.
4. Organisatorisches.

Die Mitglieder aller Ortsgruppen im UB-Dresden werden hiermit aufgefordert, an dieser wichtigen Versammlung teilzunehmen. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt und kein Stimmrecht. Die Mitglieder des SJV haben als Gäste und gegen Vorzeigung ihrer Mitgliederkarte Zutritt. Zur Deckung der Unkosten werden von allen Mitgliedern und Gästen 10 Pfg. Eintritt erhoben. Die UB-Leitung Dresden.

## Bundes-Wintersporttreffen der Sportler u. Naturfreunde

24. bis 26. Dez. 1932 in Klingenthal-Brunndöbra

Das im Jahresplan des 4. Kreises enthaltene Sachstreffen der Wintersportler am 1. Januar 1933 wurde von seiten des Bundes zu einem gesamten Bundestreffen der Sportler und Naturfreunde umgewandelt. Die Durchführung wird dem 4. Kreise übertragen. Die Genossen der örtlichen Vereine sind fieberhaft bemüht, diese Veranstaltung zu einer wichtigen Kundgebung der Arbeitersportbewegung zu gestalten. Aufgabe aller Vereins- und Abteilungs-Wintersportwarte ist es nun, alle aktiven Wintersportler und -sportlerinnen zu mobilisieren zur Teilnahme am Bundes-Wintersporttreffen zu Weihnachten.

Alle Wettkampftteilnehmer haben sich bis spätestens 10. Dezember bei Gen. Kurt Weinbrucht, Chemnitz, oder Ernst Meinel, Klingenthal, Siedlung Nr. 27 D, zu melden.

Quartiermeldungen sind bis spätestens 15. Dezember an Gen. Fritz Rannaler, Klingenthal, Nr. 6 G zu richten. Massenquartier ohne Decken in geheizten Räumen 0,30 RM, Privat 1.— RM.

Das Programm sieht unter anderem folgende Veranstaltungen vor: Am 24. 12.: 20 Uhr Sonnenwendfeier auf dem Mittelberg. 25. 12.: Langlauf aller Klassen. Sportler A 10 km; B 5 km, Jugend 5 km, Sportlerinnen und Kinder 1,5 km. Vor- und Zwischenrunde im Eishockeystadion auf der eigens dazu hergestellten Eisbahn, unter Mitwirkung von bekannten Berliner Eiskunstläufern. Unterhaltungsabend (einkolnische Instrumente). 26. 12.: Vormittags Abfahrts- und Hindernislauf sowie Mannshaltsläufe. Nachmittags Sprunglauf an der großen Schanze. Der Festbeitrag ist auf 20 Pfg. festgesetzt worden. Ein billiges und schmackhaftes Mittagessen für 10 Pfg. wird durch Massenspeisung verabreicht.

folgenden Nummer Ihrer periodischen Druckschrift wiederzugeben. Paul Heide.

Hierzu schreibt uns unser Gewährsmann: Im Geschäftsbericht des Konsumvereins Vorwärts Dresden 38 Berichtsjahr 1925/26, Seite 42, ist unter der Abteilung Personal folgendes zu finden:

„Dem Leiter der 22. Verteilungsstelle in Heidenau wurde ebenfalls die fristlose Entlassung zuteil, weil ihm nachgewiesen wurde, daß er Waren ohne Bezahlung aus der ihm anvertrauten Verteilungsstelle entnommen hatte. Die von dem Entlassenen gegen die Genossenschaft angestrebte Klage wurde vom Kaufmannsgericht abgewiesen, weil auch das Gericht sich davon überzeugte, daß eine Bezahlung der entnommenen Waren nicht erfolgt war.“

Der Einspruch Heides stimmt formell insofern, als er nach dem Wortlaut des Geschäftsberichtes nicht von sich aus gegen Schwenke, der aus der 22. Verteilungsstelle in Heidenau vorgeht. Heide war es aber, der den Konsumverein gegen Schwenke auf dem Gericht vertrat. Die Tatsache also, daß Heide und Schwenke sich vor Gericht herumgeschlagen haben, stimmt.

Was die Person Heides anbelangt, so ist ferner folgender Vorfall, der durch Zeugenaussagen erhärtet werden kann, für ihn charakteristisch.

Als von dem damaligen Geschäftsführer des Konsumvereins, Klepzig, die Absicht geäußert wurde, Kontrolleure in die Genossenschaft einzustellen, die die Aufgabe hätten, die Verteilungsstellenleiter zu kontrollieren war es Heide, der in einer Genossenschaftskonferenz im Volkshaus Pirna erklärte, daß jeder ein Hundstott sei, der sich zu dieser Kontrolle bereit fände. (Er war in dieser Zeit selbst Verteilungsstellenleiter der

Genossenschaft in Stolpen.) Er bezeichnete das als ein Mißtrauen gegenüber den Verteilungsstellenleitern und die Einrichtung selbst als kapitalistische Geschäftsmethoden. Trotzdem war er einer der Ersten, der auf sein Gesicht hin als Kontrollleur angestellt wurde und diese „kapitalistischen Geschäftsmethoden“ anwandte.

Zur Form der Berichtigung ist zu bemerken, daß Heide trotzdem davon spricht, was unklar sein soll, jedoch nicht davon, was nach seiner Meinung wahr ist. Diese Formulierung zeigt die unsichere Stellung Heides.

## Mylau i. U.

Sieg der SAP bei den Genossenschaftswahlen! Die Vertreterwahlen zu den Myläuer Verkaufsstellen des Bezirkskonsumvereins wurden am Montag 28. November, vorgenommen. Die SAP-Genossenschaftler hatten diesmal eigene Listen eingereicht, weil das Aufsichtsratsmitglied Max Bernert-Mylau es nicht für nötig hielt, die Myläuer Vertreter zur Informierung über die eventuell gemeinsamen Vorschläge zusammenzurufen. Die „schwindstüchtige SAP“ sah sich also gezwungen, eigene Listen aufzustellen. Resultat: Liste 1 (SPD) 138 Stimmen, Liste 2 (SAP) 188 Stimmen! Die Myläuer Genossenschaftsbewegung wird in Zukunft von sechs Vertretern der SAP beschützt werden, die SPD-Vertreter sind vollständig ausgeschaltet! Die Einzelergebnisse: Laden 6: SPD 80, SAP 88; Laden 18: SPD 58, SAP 99; ungültig acht Stimmen.

Interessant ist noch, daß bei einem SPD-Kandidaten für den Laden 6 die Mitgliedschaft im Laden 6 gar nicht festzustellen war. Da scheint man es mit der Interessenvertretung

der Genossenschaftler in nicht allzu einstimmig genommen zu haben. Die Namen der gewählten Genossen: Laden 6: Pippig, Fiedler, Schellbach (Ersatzleute: Paul Musterer, Kollig); Laden 18: Müller, Alms, Mückel (Ersatzleute: Quack, Weber, Strobel). Daß eine anderweitige Besetzung des Aufsichtsratspostens, den bisher Genosse Max Bernert inne hatte, ausgetreten hat, liegt auf der Hand.

Für die neuen Vertreter der Konsumgenossenschaftler gilt jetzt die Parole: Mit eisernem Willen und ganzer Kraft das Interesse der Genossenschaftsmitglieder zu dienen.

## Leipzig

### Nachklänge zum Bullerjahn-Prozess

Am 6. Dezember fand im vollbesetzten Saale des Leipziger Volkshauses eine Veranstaltung des Marxistischen Arbeitskreises statt, in der Genosse Rosenfeld über den Bullerjahn-Prozess und die Rechtsprechung des Reichsgerichts referierte. Ausführlich wurde den Zuhörern die lange Vorgeschichte des Wiederentnahmeverfahrens, der Kampf, den insbesondere Paul Levi in dieser Sache geführt hat, vor Augen geführt. Gebührende Würdigung fand das Verhalten des Industriehauptlings von Gotha und der mit ihm eng verbundenen Reichsanwaltschaft. Der „Preispruch“ aus Mangel an Beweisen, also ohne Entschädigung für die jahrelange Zuchthaushaft, wurde scharf kritisiert. Am Schluß forderte Genosse Rosenfeld zu größter Aktivität und Einheitsfront im Kampfe gegen die höchstgerichtliche Klassenrechtsprechung auf. Die Ausführungen Rosenfelds wurden absätzig mit größtem Beifall aufgenommen. Notwendig ist es, einen Schwenkstreich des Leipziger SPD-Blattes zu erwähen, das kurz vor Stattfinden der Veranstaltung behauptete, es handle sich um eine KPD-Versammlung, offenbar um der Polizei das Stich-

## Achtung! SAP-Metallarbeiter Plauen

Dienstag, den 13. abends 7 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus Plauen die Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes statt. Alle SAP-Genossen müssen pünktlich zur Stelle sein. Mitgliedsbuch nicht vergessen!

wort zum Verbot zu geben! Den Schwindlern ist eine Berichtigung zugestellt worden. Eine Entscheidung, die sich gegen das Chemnitz Todesurteil im Falle Bartl wendet und Anästhesie für alle proletarischen politischen Gefangenen sowie Aufhebung der Sondergerichtsbarkeit fordert, wurde einstimmig angenommen.

## Versammlungskalender

Aue — Metallarbeiter am Freitag, den 9. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, in der Reichshalle Mitglieder-Versammlung. Erscheint pünktlich und setzt auch bei der Wahl von Mitgliedervertretern für den Kollegen Schaal ein.  
Reichenbach i. Vgl. SAP Montag, 12. Dezember, 20 Uhr, im Restaurant „Vogelnd“ Mitglieder-Versammlung. Besonders wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller Genossinnen und Genossen unbedingt Pflicht!

**Planitz**  
**Passende Geschenke von bleibendem Wert**  
Finden Sie bei  
**Optiker Paul Beer**  
Planitz-O, neben Schuhmacher Ingrisch  
Lieferant sämtlicher Krankenkassen

**Textilwaren**  
aller Art in bekannten Qualitäten zu niedrigsten Preisen



**Hans Reichelt, Sattlermstr.**  
Lengselderstr. 64

**Anterfüllung von Polstermöbeln zu soliden Preisen**  
Empfehlend:  
Schürzen, Aktentoppchen, Brieftaschen, Geldbörsen, Hosenträger, Handtaschen usw.

**Rum vom Faß**  
Jamalke-Rum-Verschnitt 1 Ltr. 3,50 RM.  
Weinbrand-Verschnitt 1 „ 3,50 „  
Bayerischer Kräuterlikör 1 „ 3,50 „  
**Hermann Müller**  
Kolonialwaren und Spirituosen  
Planitz-O / Tel. 6662

**Dresden**  
Kauft bei  
**Schuh-Oestreich**  
das billige Schuhhaus Dresdens  
Verkaufsstellen:  
Jahnstraße 5, am Wettiner Bahnhof  
Frauenstraße, Ecke Schössergasse  
Königsbrückerstraße, am Albertplatz  
Oschatzerstraße 13  
Poststraße, neben Li-Mu

**W. Kelling Chem. Reinigung- Kleiderfärberei.**  
**Klingenthal**  
Juwelen  
Uhren  
Gold  
Silber  
u. optische Waren  
Lieferant aller Krankenkassen  
Ihre preiswerte Bezugsquelle hierfür  
**Paul Becher, Uhrmacher und Optiker**  
Klingenthal i. V.

**Zwickau**  
Besuchen Sie das Kino-Varieté für jedermann  
**Deutsches Theater**  
Montag und Donnerstag  
Programmwechsel  
Volkspreise: 35, 50, 70 Pfg.

**Radbeul**  
Alle Schuhreparaturen  
bei **Erich Gebauer**  
RADEBEUL - Sorkowitzstr. 72 - Witzsch. 44  
**Heidenau**  
**Heidenauer Hof, Inh. Ernst Taubert**  
Spezial-Anschank - Bier - Wein - Zeltlager-Kronenbräu  
Veranstaltung - Schützler Garten  
Jeden Sonnabend - Schlachtfest.  
Verkauf ff. Wurstwaren auch über die Straße.

**Der Niedergang des deutschen Kapitalismus**  
von Fritz Sternberg  
Ladenpreis 9 Mark  
Genossen u. Genossinnen der SAP erhalten nach wie vor das Werk für 4,50 Mk. Niemand versäume diese günstige Kaufgelegenheit. Bestellungen an die Expedition der SAZ, Breslau, Kleine Holzstraße 3.

**Neusalza-Spremberg**  
Fahrräder - Nähmaschinen  
Wasch- und Wringmaschinen  
alles Zubehör billigst  
bei **Friedrich Güntler**  
Neusalza-Spremberg  
**Beachtet unsere Inserate!**

**Löbau**  
**K. V. L.**  
Konsumverein Vorwärts, Löbau  
**Zur Weihnachts-Bäckerei**  
empfehlen wir:  
Feinste Sultanas von 32 Pf. an  
Süße und bittere Mandeln von 1.10 Mk. an  
Feinste backfähige Weizenmehle, das Pfund von 20 Pf. an  
Blaumohn  
Gewürze  
Geliebte Kokosnuß  
Backmargarine  
Ferner:  
Wallnüsse, 1 Pfund 44 Pf.  
Haselnüsse, 1 Pfund 36 Pf.  
Billigen Baumbehang  
Weihnachts-Schokolade  
Zigarren und Zigaretten in Weihnachts-Packung  
Mitglieder, deckt Euren  
**Weihnachtsbedarf**  
nur im eigenen Geschäft!

# ZEITSCHRIFTEN

## „Die linke Front“

„Die linke Front, marxistische Blätter für Kultur und Politik“ ist der Titel einer vom Sozialistischen Studentenverband in Berlin herausgegebenen Zeitschrift. Bisher erschienen sie nur auf Wachsplatten abzugeben. Jetzt, zum 1. Dezember, ist sie zur Einleitung ihres 2. Jahrganges zum ersten Male gedruckt erschienen und zum Preise für 20 Pf. bei den Vertretern des Sozialistischen Studentenverbandes in allen Teilen des Reichs zu haben.

Die Herausgeber haben sich die Aufgabe gestellt, überparteilich, was keineswegs mit unparteilich gleichzusetzen ist, allen wichtigen Problemen des Sozialismus und der praktischen Politik Raum zu geben; auch der praktischen Politik deshalb, weil für den Marxismus Theorie und Praxis ein aufs engste

verknüpftes Ganzes darstellen. Die Herausgeber hoffen, daß ihr Organ zugleich ein Ansatzpunkt werden soll, um durch sachliche und unvoreingenommene Diskussion der Gegensätze im Lager der Arbeiterbewegung zur Bildung der so dringend notwendigen Kampf-Einheitsfront.

Die neue, am 1. Dezember erschienene Nummer beweist ebenso wie die vorher erschienenen, daß die Herausgeber in der Tat bemüht sind, diesem Ziele zu dienen. Wenn auch an manchem Beitrag nicht nur von einem bestimmten parteipolitischen Standpunkt aus, sondern allgemein wegen innerer Schwäche und Unausgeglichenheit etwas auszusetzen sein mag, so lohnt die Aufrollung bestimmter Probleme doch, daß nicht nur der sozialistische Student, sondern auch der Arbeiter sich für diese, von den Studenten selbst getragene Zeitschrift interessiert.

Die Dezember-Nummer in ihrem neuen Gewand ist für unsere Leser auch deshalb besonders interessant, weil sie ein Interview eines SAP-Studenten mit dem Genossen Frotzki und auf Anforderung der Herausgeber eine Antwort des Genossen Jakob Walcher auf die Kritik Frotzki's an der SAP enthält.

Am Montag den 5. 12. 32 entriß der Tod plötzlich und unerwartet, meine Ehefrau und treueste Kampfgenossin, unsere liebe Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

## Berta Kirstein

im Alter von 37 Jahren.

### Die Hinterbliebenen

Einäscherung: Dienstag, den 13. Dezember 1932, 17 1/2 Uhr, im Krematorium in Gräbschen.

Am 5. Dezember starb nach kurzem Krankenlager unsere Genossin

## Berta Kirstein

im Alter von 37 Jahren, die Lebensgefährtin unseres Genossen Paul Kirstein. Wir verlieren in ihr eine Mitkämpferin, die zwar nicht in der Öffentlichkeit hervorgetreten ist, die sich aber bei jeder Gelegenheit und zu jeder Stunde an der Seite ihres Mannes für die Sache des Proletariats mit ihrer ganzen Person eingesetzt hat.

Breslau, den 8. Dezember 1932.

**Sozialistische Arbeiter Partei**  
Ortsgruppe Breslau

**S. S. B. Kreisverband Ost**  
**S. S. B. Ortsgruppe Breslau**

Einäscherung: Dienstag, 13. Dez., 17.30 Uhr, im Krematorium Gräbschen

Nach kurzer schwerer Krankheit starb am 5. Dezember unsere Genossin

## Berta Kirstein

im Alter von 37 Jahren.

Unser Distrikt hat in ihr eine treue Mitstreiterin für die Interessen des Proletariats verloren.

**Distrikt 8**

der  
**Soz. Arbeiter Partei, Breslau**

Einäscherung: Dienstag, den 13. Dezember, 17.30 Uhr, im Krematorium Gräbschen

Ein treues Gatten- und Vaterherz hat aufgehört zu schlagen. Am 5. Dezember, abends 7 Uhr, verschied nach jahrelangen Kriegsjahren, plötzlich und unerwartet durch schwere Operation mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder, Schwiegervater, Schwager u. Onkel  
der **Kriegsinvalide**

## Gustav Heinze

im 58. Lebensjahr.

Dies zeigt an

Breslau, Hildebrandstraße 30

**Die tieftrauernde Gattin**

Karta Heinze geb. Weber

**nebst Kinder u. Anverwandte**

Die Einäscherung findet Sonnabend, den 10. Dezember, nachmittags 2 Uhr, im Krematorium Gräbschen, Halle 3, statt.

Nicht ekle Würmer soll mein Leib zerstören,  
die reine Flamme nur soll mich verzehren,  
ich liebe stets die Sonne und das Licht,  
darum verbrennt mich und begräbt mich nicht.

Geliebt, beweint und unvergessen!

Am 7. Dezember verschied an einem Herzschlag, plötzlich und unerwartet, nach fast 30-jähriger Ehe, meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

## Louise Land geb. Weide

im Alter von 56 Jahren.

In tiefem Schmerz:

### Der trauernde Gatte

Breslau, Bieg, Oppeln, den 7. Dezember 1932

Zietenstraße 21

Beerdigung: Montag, den 12. Dezember, 14 Uhr, von der Halle des Krematoriums

Am 7. Dezember starb unsere Genossin

## Louise Land

im Alter von 56 Jahren.

Wir verlieren in ihr eine treue Mitkämpferin für die Sache des Proletariats.

Breslau, den 9. Dezember 1932.

**Sozialistische Arbeiter-Partei**  
Ortsgruppe Breslau

Beerdigung: Montag, den 12. Dezbr., 14 Uhr, von der Halle des Krematoriums in Gräbschen.

# Schuh-Krojanke

nur Schmiedebrücke 5-6

Seit über 30 Jahren bekannt für  
große Auswahl, gute Qualitäten, billige Preise!

Schenkt gute, für den  
Proletarier wertvolle  
u. wegweisende Bücher!

# Unser Weihnachts-Verkauf eine Sensation!

Mit dem Eintritt der kalten Jahreszeit müssen auch Sie an wärmere Bekleidung denken. ... Brauchen Sie einen Anzug, Ulster oder Paletot, kommen Sie zu uns! Unsere Läger sind für die kommende Wintersaison voll aufgeliegt. Unserem bewährten Grundsatz, die großen Massen des kaufenden Publikums mit nur wirklich guter, moderner Bekleidung zu besonders niedrigen Preisen zu versorgen, werden wir auch weiterhin treu bleiben!

### Hier unsere Preise:

**Ulster** gute u. beste Qual. in den neuesten Mustern z. T. auf K'Seide-Steppfutter ... 32.00, 24.50, 18.50, 15.50 **10<sup>50</sup>**

**Paletots** schwarz und marengo, mit Samtkragen auf K'Seide-Steppfutter..... 52.00, 45.00, 32.50, 24.50 **19<sup>50</sup>**

**Blaue Anzüge** ein- u. zweireihig, nur reinwollene Kammgarn-Qualität, 45.00, 39.50, 31.50, 24.50 **18<sup>75</sup>**

**Sportanzüge** nur gediegene, haltbare Stoffe, auch Kord..... 25.50, 22.50, 18.50 **14<sup>50</sup>**

**Smoking-Anzüge** beste Verarbeitung, tadelloser Sitz.... 58.00, 45.50, 39.50 **32<sup>50</sup>**

**Joppen** warm gefüttert, in großer Auswahl Sportfassen, auch zweireihig..... 17.50, 12.50, 9.50 **6<sup>75</sup>**

### Riesenauswahl in Sakko-Anzügen

neueste Formen, moderne Stoffe, alle Größen

**enorm billig!**

**Gestreifte Hosen** 9.50, 7.50, 4.75, 2.95

**Windjacken, Gummi- und Lodenmäntel!**

**Knickerbocker-Hosen** 8.50, 6.50, 4.95, 3.75, 2.75

in größter Auswahl sehr billig

# L. PRAGER

Seit 73 Jahren

**Breslau, Albrechtstraße 51**

Eingang nur Ecke Schuhbrücke / Gegr. 1860

Am Sonntag von 1-6 Uhr geöffnet!

## roter pionier

schulungszeitschrift des s-j-v, ausführliche behandlung aktueller und historischer fragen des klassenkampfes. erscheint am 1. jeden monats. preis 10 pf. bezug über die örtlichen organisationen des s-j-v oder direkt:

**s-j-v ost-sachsen**  
dresden, jakobgasse 5